Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Bezugspreis frei Haus monatlich 100 Mk. Durch die Post monatlich 100 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Leuchenfeldstr. 14, Fernruf 1047 u. 2251. Geöffnet 7–5 Uhr. Schriftleitung: Fernruf 1045. Sprechzeit 12–1 u. 4–5 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 8.— Mk. für den Millimeter Höhe und Spalte; 20 Mk. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textteil (teil). Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. — Postscheckkonto: Leipzig 1068 48, Fritz Kroß, Halle

Einzelpreis 7 Mark | **Mittwoch, den 25. Oktober 1922** | **2. Jahrgang. Nr. 250**

Große Koalition oder reine Stinnesdiktatur

Die Brotwuchervorlage, die eine Vervierfachung des Preises für Umlagegetreide ergibt, ist gestern im Reichstag gegen nur 77 Stimmen angenommen worden. Die Sozialdemokraten sind, wie vorauszusehen war, wieder prompt umgefallen. Sie haben diesen ungeheuren Preis auf Kosten des arbeitenden Volkes gezahlt, weil sie sich in der Schlinge der Koalitionspolitik befinden. Die Amtsverlängerung Eberts war der schäbige Rabatt zu diesem ungeheuren Preis.

Indessen ist die Wuchervorlage schon nicht mehr die Achse, um die sich in Deutschland augenblicklich die politischen Ereignisse bewegen. Die allgemeine Krise bricht zugleich an anderen Stellen noch heftiger und noch unheilbarer aus. Das noch vor einigen Tagen gepriesene Heilmittel der Sozialdemokraten, die Devisenverordnung Eberts, hat vollkommen versagt. Als Antwort der Kapitalisten darauf sind diese zum Angriff übergegangen. Sie sorgen jetzt dafür, daß statt einer Verschärfung und Erweiterung der Verordnung bestenfalls die Verordnung noch weiter eingeschränkt und abgeschwächt bestehen bleibt und schon haben die Sozialdemokraten ihre Devisenordnung aufgegeben. Sie sind einverstanden mit ihrer Aufhebung und dem Erlaß eines Gesetzes gegen die Devisenspekulation und Verdrängung der Mark im inländischen Zahlungsverkehr. Dieses neue Gesetz bringt noch eine weitere Abschwächung der ungenügenden Maßnahmen.

In dieser wirtschaftlichen Katastrophenstimmung tritt immer deutlicher das Gesicht der kommenden deutschen Regierung hervor. Das Bürgertum rechnet allerdings zurzeit noch mit zwei Möglichkeiten. Einmal mit der großen Koalition, für die die Sozialdemokraten bereits herangereift sind, oder wenn diese nicht erreichbar oder von kurzer Dauer sein sollte, ein „überparteiliches" Kabinett, ein Kabinett von Persönlichkeiten, „die unabhängig von den Parteien sind, wenn sie ihnen auch nahe stehen", wie ein bürgerliches Blatt schreibt. Es handelt sich hierbei um die reine Stinnesdiktatur, ausgeübt durch willige sogenannte Fachminister.

Der „Vorwärts", der es immer versteht, Sphärenmusik zu Regierungskrisen zu machen, hat auch diesmal in seine parteioffiziöse Leier gegriffen. Die Begleitmusik zu dieser Krise klingt allerdings jämmerlich genug. In seiner Dienstag-Abendausgabe fragt er beklommen: „Wohin des Weges" und schreibt u. a.:

„Der Ernst der politischen Situation wird auch von der bürgerlichen Presse empfunden. Aus ihren Berichten über die gestrige Konferenz der Parteiführer beim Reichskanzler heben sich ihre Absichten deutlich heraus. Besonders bemerkenswert scheint uns in dieser Beziehung ein Artikel der „Germania", **der die Notwendigkeit zur Nachprüfung der Sachlieferungen betont, die Zusammenfassung aller Kräfte im Innern fordert und sich zugleich ausdrücklich zur Beseitigung des Achtstundentages bekennt.** Dieses Programm, das vielleicht nicht nur das Programm der „Germania" ist, hat die Eigentümlichkeit, sich mit seinen positiven Forderungen nur gegen die Arbeiterschaft zu richten. Die Preisdiktatur der Schwerindustrie, der Wucher der Kartelle und Syndikate, die Kapital- und Steuerflucht der Besitzenden, die Flucht zum Dollar, dies alles wird übergangen, als ob es nie existiert und nie einen Einfluß auf unsere Wirtschaft ausgeübt hätte."

Im Anschluß daran bettelt und wimmert er, das Bürgertum möge doch vernünftig werden und überlegen, wohin die Fahrt gehe. Eine Regierung, die nichts zum Schutze der Mark tue, nichts gegen die Not des Volkes unternehme, während sie die Sachlieferungen reduziere, werde ihre Tätigkeit damit beginnen, daß sie nach allen Seiten, nach außen wie nach innen Vorstöße führe. Der „Vorwärts" fleht und beschwört eindringlich das Bürgertum, es möge doch bedenken, daß „solche Stöße nicht ohne Gegenwirkung zu bleiben pflegen". Er scheint größere Angst vor kommenden Revolutionen zu haben, als das Bürgertum selbst. Er fleht weiterhin die bürgerlichen Parteien an, sich nicht unter die Führung sogenannter Wirtschaftsführer zu begeben. Es ist drollig, das von einem Organ zu hören, dessen Partei sich längst der wirtschaftlichen Führung von Stinnes unterstellt hat, deren Führer längst in den Arbeitsgemeinschaften die Vertreterung der Preise mitmachen, deren Minister längst in der Regierungskoalition Gesetze schaffen, die gegen die Arbeiterschaft sich richten.

Das Bürgertum und seine Presse denkt auch nicht daran, sich durch diese Krisenmusik in die Gefilde „sozialdemokratischer Vernunft" führen zu lassen. Mit solchen für das Bürgertum negativen Dingen gibt es sich nicht ab, sondern hat „positive" Forderungen. Daß diese sich gegen die Arbeiterschaft richten, ist keine Eigentümlichkeit, sondern immer das Merkmal jeder bürgerlichen Forderungen. Während also die „Germania" unumwunden die Beseitigung des Achtstundentages verlangt, schreibt die „DAZ." ganz gleichmütig: „Drohungen mit Mehrheitssprengung und Reichstagswahl haben wir ja von dieser Seite schon öfter gehört und ihre Wirkung hing immer von der Stärke der Nerven auf der anderen Seite ab." Hier wird im Namen Stinnes ganz unzweideutig verkündet, daß bei den Kapitalisten bessere Nerven vorhanden sind, als man sie beim „Vorwärts" findet, der angesichts jeder neuen Krise in ein elendes, erbärmliches Gewimmer ausbricht, während er zugleich die arbeiterverräterischen Taten seiner Ministergenossen aufs neue deckt und entschuldigt. Hier zeigt sich die ganze Haltlosigkeit der sozialdemokratischen Koalitionspolitik und die Tatsache, daß die Zeit in unmittelbare Nähe gerückt ist, in der Stinnes seine bisherigen Knechte und Helfer beiseite stoßen und die Sache ganz allein machen wird. Die Verbeiseite stoßen und die Sache ganz allein machen wird. Die Verantwortung für das, was dann gegen die Arbeiterklasse geschieht, liegt voll und ganz auf den Schultern derer, die die Arbeiterschaft jahrelang geschwächt, verraten und den Kapitalisten ausgeliefert haben.

In ihrer absoluten Hilflosigkeit greifen die Sozialdemokraten nach einem Mittelchen. Sie wollen wieder einmal mit einem neuen Programm der Regierung aufwarten, die es als Regierungsprogramm übernehmen soll. In diesem Programm verlangen die Sozialdemokraten vor allem eine positive Politik zur Stützung der deutschen Währung durch Heranziehung des Goldschatzes der Reichsbank und scharfe Erfassung der im Privatbesitz befindlichen Devisen. Ferner verlangen sie die indirekte Wiedereinführung der Zwangswirtschaft für Getreide durch die restlose Erfassung der in Deutschland befindlichen Lebensmittel.

Verlangen können die Sozialdemokraten viel, erreichen werden sie ohne Kampf gegen das Bürgertum, ohne Aufruf der Klassen, ohne Mobilisation der Gewerkschaften nichts. Was bei den Sozialdemokraten herauskommen wird, das ist wieder ein elendes Kompromiß mit den bürgerlichen Parteien, von dem übrigens auch in diesem Falle bereits wieder gesprochen wird. Der Arbeiterschaft hingegen kann nur eins helfen:

Selbsthilfe durch politische Organe,

durch Kontrolle der Industriearbeiterschaft mit Hilfe der Landarbeiter und Kleinbauern. Die Arbeiterschaft weiß, daß über die Erfassung der Lebensmittel hinaus die Kontrolle der Produktion nottut, um die Betriebseinschränkungen und die Arbeitslosigkeit, die infolge der kapitalistischen Wirtschaftspolitik eintreten, aufzuhalten. Die Arbeiter wissen, daß die Lebensmittelversorgung nur sichergestellt werden kann durch eine Regierung der Arbeiterschaft, die keine Rücksicht auf kapitalistische Interessen nimmt, sondern bereit ist, den Kampf für die Verfechtung der proletarischen Interessen aufzunehmen. Die Arbeiterschaft wird den Weg, den sie beschritten hat, weitergehen und durch den Kampf mit allen Mitteln das erzwingen, was eine Koalitionsregierung, was die Sozialdemokratie infolge der Rücksichnahme auf die Kapitalisten nicht durchsetzen kann.

Tausendfache Preissteigerung

(Eigene Drahtmeldung.)

Essen, 25. Oktober.

Die Besitzer der Eisen- und Stahlwerke, die den Arbeitern eine bescheidene Lohnerhöhung ablehnten, wollen den Preis für Eisen und Stahl wiederum beträchtlich erhöhen. Stangeneisen, das jetzt 79 000 Mk. kostet, soll auf 160 000 Mk. die Tonne erhöht werden. Damit ist der Friedenspreis, der 98 Mk. betrug, schon um mehr als das Tausendfache überholt. Die Arbeiter sollen sich mit dem gegen den Friedenstand erhöhten Lohne begnügen, der nicht mehr als ein Viertel der Preissteigerung ausmacht.

500 Prozent Wohnungsabgabe

(Eigene Drahtmeldung.)

Berlin 25. Oktober.

Der Wohnungsbauausschuß des Reichstages hat gestern beschlossen, die Wohnungsabgabe auf 500 Prozent heraufzusetzen. Auf Kosten der Mieter sollen neue Häuser gebaut werden, für die die Kapitalisten dann hohe Mieten einstecken.

Die erwünschte Finanzkontrolle

Abbau der Gehälter und Löhne

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 25. Oktober.

Eine bürgerliche Korrespondenz meldet, daß man in parlamentarischen Kreisen ernsthaft mit einer umfassenden Kontrolle der Entente von Deutschland rechnet. Die Finanzkontrolle soll „nach den vorliegenden Nachrichten aus Paris" als eine der ersten Maßnahmen den Abbau der Löhne und Gehälter beschließen.

*

Abbau der Löhne und Gehälter, des Achtstundentags werden ohne Zweifel die ersten Maßnahmen sein, die eine Ententekontrolle versuchen würde. Und daß die Ententebourgeoisie sich darin mit der deutschen Bourgeoisie finden werde, ist zweifelsohne. Die deutsche Bourgeoisie, mag sie noch soviel nationale Redensarten schwatzen, wird die Finanzkontrolle begrüßen, die nur hilft, die Verelendung der deutschen Arbeiter noch weiter zu steigern.

Konflikte in Thüringen

(Eigene Drahtmeldung.)

Weimar, 25. Oktober.

Die Rechtsparteien führen einen heftigen Kampf, um eine Auflösung des Landtages in Thüringen herbeizuführen. Sie fordern die Auflösung mit dem Hinweis auf die jüngsten Wahlen, die für die bürgerlichen Parteien eine kleine Stimmenmehrheit ergeben hatten. Die sozialistische Regierung will von einer Auflösung und ebenso von einer Umstellung der Regierung durch Aufnahme bürgerlicher Minister nichts wissen. Eine Koalitionsregierung zu bilden, wird von den Demokraten gefordert.

Mehrarbeit

Der Dollar steigt ins Uferlose, die Aktien steigen, die Preise für Lebensmittel, Kleidung, Feuerung usw. erklettern schwindelnde Höhen, Geschäftsabschlüsse mit festen Preisen sind zur Unmöglichkeit geworden, heute abgeschlossene Lohntarife sind morgen schon veraltet. Kurz, alle Dämme reißen, der Bankrott der kapitalistischen Gesellschaft liegt offen zutage. Wo soll das enden, wo ist eine Rettung? Diese Frage bewegt heute alle.

Mehrarbeit, Produktionssteigerung, freiwilliges Längerarbeiten, Aufhebung des Achtstundentages und Einführung der zehn- und mehrstündigen Arbeitszeit ist demgegenüber der Schlachtruf der Bourgeoisie, mit dem sie nicht nur auf dem Kampfplatz der Arbeiterklasse gegenübertritt, sondern der sie auch der öffentlichen Meinung zu suggerieren versucht. Alle Trabanten und Hilfsmittel der Kapitalistenklasse werden zu diesem Zweck mobilisiert. Herr Thyssen richtet an den Reichskanzler einen Brief, worin er die Einsetzung der Staatsgewalt im Kampf gegen den Achtstundentag verlangt, und Herr Wirth beeilt sich, diesem Verlangen seines Auftraggebers dienstbeflissen nachzukommen.

Wohlverstanden, Mehrarbeit für die Proletarier, nicht etwa Mehrarbeit durch Einspannung der Hunderttausende von Parasiten, von Wucherern, Schiebern und Kuponabschneidern in den Produktionsprozeß. Selbstverständlich, daß die gesamte bürgerliche Presse in den Ruf mit einstimmt.

Doch für den Proletarier weniger verständlich, aber leider wahr ist, daß auch die SPD.-„Theoretiker", die rechtssozialistischen Partei- und Gewerkschaftsführer, in dasselbe Horn tuten. Also nicht die planlose kapitalistische Produktionsweise, sondern die Faulheit, die kurze Arbeitszeit und die hohen Löhne der Arbeiter, Angestellten und Beamten sind schuld an dem Chaos, in dem wir stecken.

Wie steht es damit? Gewiß, der Krieg, der seine Ursache in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung hatte, vernichtete Hunderte von Goldmilliarden an Werten. Ein Ersatz dieser vernichteten Werte hat bisher nur in geringem Umfang stattgefunden. Aus denselben Ursachen, aus denen der Krieg entstanden ist, aus denselben Ursachen ist auch ein „geregelter" Wiederaufbau unmöglich, die Weltproduktion ist seit dem Kriege eher gefallen als gestiegen. Insofern haben also diejenigen recht, die in der Produktionssteigerung die erste Voraussetzung für die Besserung der wirtschaftlichen Lage der gesamten Bevölkerung erblicken. Aber ist die Erreichung dieses Zieles durch Längerarbeiten, durch Einführung des Zehn- und Zwölfstundentages ohne eine grundstürzende Aenderung des jetzigen Wirtschaftssystems möglich? Mit nichten. Ein Blick auf die Gegenwart und die vergangenen Jahre zeigt ohne weiteres, daß das Geschrei der Bourgeoisie und der Kleinbürger nach Mehrarbeit ein grober Schwindel ist und den Zweck verfolgt, das Proletariat noch tiefer in die Verelendung hinabzustoßen und die Macht des Kapitals zur unumschränkten zu machen.

Nur die Arbeit kann uns retten! Das haben schon 1918 die Leute von Stinnes bis Kautsky und Emil Barth gegröhlt. Und was war die Folge? Das Unternehmertum betrieb Produktionssabotage durch Verkauf hochwertiger Maschinen ins Ausland. Mehr als drei Millionen Arbeitslose füllten die Straßen der deutschen Städte. Seitdem ist zwar die Arbeitslosigkeit zurückgegangen, es wird in Deutschland stellenweise mehr produziert als vor dem Kriege, doch die Lage des Proletariats hat sich nicht verbessert, sondern verschlechtert. Es hungert und friert heute mehr denn je. Den ganzen Nutzen der schwindelhaften Hochkonjunktur stecken die Bourgeoisie, das Großkapital und die Valutaschieber ein. Noch niemals hat die Luxusindustrie und Luxuseinfuhr in Deutschland so floriert, noch nie hat die Welt ein ähnliches Schlemmerleben gesehen, als es heute in den Bourgeoisvierteln, in den Luxusläden und Schieberlokalen in der Gegenwart zu beobachten ist. Es fehlt nicht nur jede organisatorische Regelung der Produktion, sondern es liegt auch eine vollkommen widersinnige Verteilung der erzeugten Produkte vor. Dieser Zustand ist weder durch Moralpredigten im Sinne eines Dr Siriemer, noch durch „Längerarbeiten" oder gesetzliche Palliativmittelchen, wie Devisenverordnung usw., zu ändern, sondern durch aktives Eingreifen des Proletariats selbst, durch proletarische Produktionskontrolle, durch Schaffung von Kontrollkommissionen.

Mehrarbeit und Längerarbeiten hätte nur zur Folge, daß die Produktion auf eine kleinere Anzahl von schlechtbezahlten Arbeitern beschränkt würde, die überschüssigen Proletarier aber der Arbeitslosigkeit und dem Verhungern überliefert würden. Schon jetzt steigt die Arbeitslosigkeit mit jedem Tag, sie würde unfehlbar nach Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit katastrophale Formen annehmen. Die Lage der großen Masse der Bevölkerung würde um ein Mehrfaches verschlechtert, aber gewinnen würde die Kapitalistenklasse, ihre Herrschaft würde sich festigen. Es geht daher für die Arbeiterklasse nicht nur um die ein oder zwei Stunden Mehrarbeit am Tage, sondern um ihre Existenz als Klasse, um Leben oder Tod für viele Millionen.

Wie in allen Lebensfragen des Proletariats, so stehen auch hier die Gewerkschaftsführer zum großen Teil im Lager der Bourgeoisie. Die Ueberschichtenabkommen im Bergbau, in der Kali-, Kalk- und teilweise in der Hüttenindustrie bedeuten die Durchführung der Mehrarbeitstheorie der Kalisti, Borchardt, Lindemann usw. Der Verbandsvorsitzende Tarnow fordert in der „Holzarbeiter-Zeitung" Goldlöhne, erklärt aber in der nächsten Nummer dieser Zeitung auf die erregten Antworten seiner Freunde im ADGB., die in der Forderung auf Goldlöhne eine Rebellion erblicken, daß er die Sache nicht so schlimm gemeint hätte. Er wollte nur damit den Gewerkschaftsangestellten die Arbeit erleichtern und die unausgesetzten Lohnverhandlungen ersparen. Nicht an eine Erhöhung, sondern nur an eine Stabilisierung der Löhne hätte er dabei gedacht. Doch selbst dieses gewiß mehr als bescheidene Verlangen erscheint den maßgebenden Führern im ADGB. noch zu

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019221025-18/fragment/page=0001

bedenklich. Ein Alwin Reißmann schreibt in der neuesten Nummer des „Korrespondenzblattes" des ADGB. einen längeren Artikel dagegen. Dieser „Arbeitervertreter" findet die jetzigen Löhne noch zu hoch! Er rechnet genau aus, daß die deutschen Lohnempfänger unter den heutigen Verhältnissen nur 45 Prozent von dem verbrauchen dürfen, was sie vor dem Krieg verbrauchten. Um die hundsföttischen Liebesdienste, die heute führende Gewerkschaftsgrößen dem Kapital leisten, zu charakterisieren, wollen wir einen Abschnitt dieses Artikel wörtlich zitieren. Es heißt da:

„Eine Hamburger Außenhandelsfirma hat kürzlich bekanntgegeben, daß sie für ihre Angestellten den „Goldlohn" eingeführt habe. Allerdings bezahle sie nur 50 p. H. des Friedenslohnes. Es kämen dabei auf einen Angestellten, der im Frieden 300 Mk. monatlich verdiente, also 150 Mk. Monatslohn, bei einer 300fachen Verteuerung also 45 000 Papiermark im Monat. Dieser Lohnbetrag geht erheblich über das hinaus, was sonst im Reich den Angestellten bezahlt wird. Sollte eine solche Lohnberechnung und Lohnzahlung für alle Lohnempfänger Deutschlands durchgeführt werden, so würde auch das schon eine ungeheure Vermehrung des Papiergeldes bedingen und dadurch im Augenblick eine weitere furchtbare Verschlechterung (!!) der Lebenslage des gesamten arbeitenden Volkes in Deutschland herbeigeführt werden. Der von dieser Hamburger Firma angenommene Lohnsatz erscheint uns als zu hoch gegriffen. (!!) Auszugehen ist nicht von dem, was der Mensch braucht zu seinem Lebensunterhalt, sondern von dem, was vorhanden ist."

Wenn das in der „Arbeiteder-Zeitung" stehen würde, dann könnte es jeder Mensch begreifen, daß sich Gewerkschaftsführer als die eifrigsten Apostel kapitalistischer Staatsinteressen ausspielen und ausgerechnet das Zentralorgan der deutschen Gewerkschaften beweisen, um ihre „staatserhaltenden" Theorien an den Mann zu bringen, zeigt den ganzen Jammer der deutschen Arbeiterbewegung. Ein Sturmwind der Entrüstung müßte diese Gesellen hinwegfegen. Was liegt für das Unternehmertum, für die kapitalistische Regierung näher, als auf Grund dieser hier dargelegten Auffassung zu sagen: Selbst die Gewerkschaftsführer geben zu, daß wir keine höheren Löhne bezahlen können und daß, weil zu wenig Produkte vorhanden, die Arbeiter länger als acht Stunden schuften müssen.

Doch ein Glück ist es, daß mit Theorien und Artikeln die harte Wirklichkeit nicht aus der Welt zu schaffen ist. Die Arbeiterschaft hat jahrzehntelang gerungen und die schwersten Opfer gebracht für den Achtstundentag, sie verspürt am eigenen Leibe, was die Aufgabe dieser Errungenschaft für sie bedeuten würde, sie sieht jeden Tag die Tausende von Parasiten, die sich auf ihre Kosten bereichern und nicht arbeiten, sie weiß, daß eine Besserung der Lage nur eintreten kann, wenn diese unnützen Faulenzer zum Arbeiten gezwungen werden und der Segen der Arbeit nicht einigen Großkapitalisten, sondern der Gesamtheit zugute kommt. Der Weg zur Erreichung dieses Zieles bedeutet rücksichtslosen Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft und gegen alle die diese „Ordnung" stützen.

Schon zeigt der riesige Umfang der Betriebsrätebewegung, daß die Arbeiterschaft entschlossen ist, diesen Kampf zu führen. Neben der Aktion gegen Teuerung und Wucher wird der Kampf um die Erhaltung des Achtstundentages bald zur Hauptaufgabe der unter dem Druck der Not entstandenen Betriebsrätebewegung werden. Dem Gelüste der Kapitalisten nach Mehrarbeit setzen die Proletarier den Schlechtrist entgegen: diesem System keine Minute länger Arbeit, rücksichtsloser Kampf mit allen Mitteln um die Erhaltung des Achtstundentages.

Arbeit für die Kontrollausschüsse!

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 25. Oktober.

Auf eine sozialdemokratische Reichstagsanfrage, worin die Vermutung ausgesprochen wird, daß die Landwirte absichtlich die Kartoffeln zurückhalten, um höhere Preise zu erzielen, antwortete heute ein Regierungsvertreter, „der Regierung sei von einer absichtlichen Zurückhaltung der Kartoffeln durch die Landwirte nichts bekannt"!

*

Die Regierung ist entweder von einer sträflichen Naivität oder „schlecht unterrichtet". Proletarische Kontrollausschüsse aus Stadt und Land müssen schnellstens mit Material über Kartoffelernte nachhelfen.

Ein Kontrollausschuß für das Wirtschaftsgebiet Köln

Eine Konferenz der Betriebsräte des Wirtschaftsgebietes Köln faßte am vergangenen Sonntag den Beschluß, einen Kontrollausschuß zu bilden, der die Aufgabe hat, die Behörden zu zwingen, die Schwerarbeit von Lebensmitteln, die Versorgung mit Brennstoffen, Kartoffeln usw. für die arbeitende Bevölkerung vorzunehmen. Der Kontrollausschuß soll weiter sich beschäftigen mit der energischen Bekämpfung des Wuchers und soll eintreten für durchgreifende Maßnahmen auf dem Gebiete der Wohnungsnot.

Die versammelten Betriebsräte brachten allseitig zum Ausdruck, daß mit der Bildung des Kontrollausschusses und der Aufstellung von Forderungen für die Arbeiterschaft nichts erreicht wird, wenn nicht gleichzeitig die Arbeiter bei Durchführung der Forderungen selbst in Angriff nehmen. Zu diesem Zwecke müsse die Arbeiterschaft den Kampf um die Kontrolle der Produktion führen.

Für den Reichsbetriebsrätekongreß

Die Betriebsvollversammlung des Konsumvereins Weißenfels-Naumburg und Umgegend am 25. Oktober nahm zum Reichsbetriebsrätekongreß Stellung und beschloß, in Anbetracht der Wichtigkeit des Reichsbetriebsrätekongresses für die Arbeiterschaft zwei Delegierte zum Kongreß zu entsenden.

Demonstration der Bankbeamten

(Eigene Drahtmeldung.)

Berlin, 25. Oktober.

Die Bankbeamten Berlins hatten gestern zu einer Demonstration im Berliner Lustgarten aufgerufen. Die Bankbeamten waren dem Ruf in ungewöhnlicher hoher Zahl gefolgt. Die Demonstration richtete sich gegen den Schiedsspruch über die Oktobergehälter, der von den Bankbeamten abgelehnt wurde. Die Banken wollen es anscheinend auf einen ernsten Konflikt ankommen lassen.

Der Hehler der Rathenau-Mörder freigesprochen

(Eigene Drahtmeldung.)

Leipzig, 24. Oktober.

Im Prozeß gegen Dr. Stein und Dietrich wegen Begünstigung der Rathenau-Mörder hat der Staatsgerichtshof gegen 5½ Uhr abends das Urteil gefällt. Der Angeklagte Dr. Stein wurde freigesprochen, der Angeklagte Dietrich wegen Vergehens gegen § 5, Ziffer 1, der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze der Republik vom 26. Juni 1922 wegen Begünstigung zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten verurteilt; ein Monat der Strafe wird auf die Untersuchungshaft angerechnet. Der Reichsanwalt hatte neun Monate Gefängnis beantragt. In der Urteilsbegründung wurde ausgesprochen, daß sich die Verdachtsgründe gegen Stein nicht bestätigt hätten. Dietrich wurde mildernd angerechnet, daß seine Begünstigung der Kameradschaftlichkeit entsprang; andererseits handele es sich um die Begünstigung feiger Meuchelmörder, die entsprechende Sühne finden müsse.

Ueber einen Antrag der Verteidigung, dem freigesprochenen Angeklagten Dr. Stein Schadenersatzansprüche wegen der Untersuchungshaft zuzubilligen, soll noch besonders entschieden werden.

Die Brotwuchervorlage im Reichstag angenommen

(Eigener Bericht.)

Berlin, 24. Oktober.

Der Reichstag hielt heute trotz wichtiger Tagesordnungspunkte wieder eine Galoppsitzung ab.

Nach einigen kleinen Anfragen wird eine demokratische Interpellation über Lehrerbildung der Regierung zur Beantwortung überwiesen. Ohne Debatte wird die vierte Ergänzung der Besoldungsvorschriften einem Ausschuß überwiesen und die Vorlage über Zuckerungsfrist der diesjährigen Weinernte in allen drei Lesungen angenommen. Ebenfalls debattelos werden die dritten Lesungen der Verlagen über die Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten und Getreideumlage erledigt. Nur die Abstimmungen wurden vorgenommen. Mit einigen kleinen Veränderungen wurden in dritter Lesung das Angestelltenversicherungsgesetz angenommen.

Um diese Ueberrumpelungen abzuwehren, beantragte Genosse Koenen, auch der Unabhängige Ledebour, die Debatte über die Amtsverlängerung des Reichspräsidenten und über die Getreideumlage bei der Abstimmung nochmals zu eröffnen. Da anscheinend jedoch eine Verabredung der Koalitionsparteien zur Ueberrumpelung der Opposition vorlag, so wurde der Antrag auf Neueröffnung der Debatte über Eberts Wiederwahl abgelehnt. In namentlicher Abstimmung wurde hierauf der Antrag der fünf Parteien auf Verlängerung der Amtsdauer Eberts bis zum 30. Juni 1925 mit 314 gegen 76 Stimmen angenommen.

Ein deutschnationaler Antrag, die Verkündigung dieses Beschlusses auf zwei Monate hinauszuschieben, um inzwischen einen Volksentscheid herbeizuführen, wird mit 310 gegen 77 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen abgelehnt. (Gen. Höllein ruft ironisch: „Es lebe der verlängerte deutsche Reichspräsident von Stinnes Gnaden!")

Vor der Schlußabstimmung über die Getreideumlage beantragen die Genossen Koenen und Ledebour ebenfalls nochmals die Wiederaufnahme der Debatte, zumal das Volk vom Reichskanzler erfahren müsse, was die Koalition hinter den Kulissen ausgeheckt habe. Koenen verliest ein Schreiben, in dem der Reichsausschuß der Betriebsräte verlangt, daß seine Vertreter vor Annahme der Getreideumlage gehört werden, da es sich bei der unerträglich gewordenen Teuerung aller Lebensmittel und Bedarfsgegenstände um einen äußerst folgenschweren Beschluß handelt. (Soz. Breitscheid ruft: Die wollen hier sprechen!)

Nachdem Abg. Dittmann (Soz.) sich dagegen ausgesprochen wird die Wiederaufnahme der Debatte abgelehnt. So springt die USPD. mit den Wünschen des arbeitenden Volkes um. Die namentliche Abstimmung über die Getreideumlage nach den Beschlüssen der zweiten Lesung (Vervierfachung des Preises)) ergibt 236 Stimmen dafür, 160 Stimmen dagegen. Hiermit ist die Brotwuchervorlage angenommen.

Die Abgeordneten Ledebour und Koenen beantragen dann weiter Aussetzung der Sitzung auf eine Stunde, um dem Reichskanzler Gelegenheit zu geben, sich darüber zu äußern, auf welche Parteien er sich in Zukunft zu stützen gedenkt. Nach dem Ausfall der letzten Abstimmung sei die Mehrheit für die bisherige Politik zerfallen und der Reichstag reif für die Auflösung wenn die Sozialdemokraten nicht geschäftsmäßige Kuhhändler wären. Koenen erklärt, die Koalition ist zerbrochen.

Der Antrag wurde jedoch gegen die kommunistischen Stimmen und gegen den Antragsteller Ledebour abgelehnt. — Zum Schluß wurde noch das Gesetz über die Gehaltspfändung (untere Grenze 100 000 Mk.) in dritter Lesung angenommen. — Der Reichstag vertagte sich hierauf bis Dienstag, 7. November.

*

Nationalistische Heuchelei im Landtag

(Eigener Bericht.)

Berlin, 24. Oktober.

Der Marquis Lubersac ist aus Berlin abgereist. Stinnes hat sein Wiederaufbaugeschäft gesichert. Nun konnte der Preußische Landtag auch über die Mißstände im besetzten Gebiet verhandeln, was in der vorigen Woche, als die Debatte ursprünglich beabsichtigt war, nicht geschehen durfte. Genosse Plenge zeigte, indem er dem parlamentarischen Gesammer der bürgerlichen Parteien das Geschäftemachen der Kapitalisten und die entente freundliche Politik, insbesondere des Zentrums, entgegenhielt, die freche Heuchelei dieser Gesellschaft auf.

Genosse Plenge:

Die Arbeiterschaft des besetzten Gebiets zieht einen dicken Trennungsstrich zwischen sich und den Separatisten. Sie gibt sich niemals zu einer Protestaktion zugunsten des deutschen Richterstandes her, dessen Tätigkeit gegenüber der revolutionären Arbeiterbewegung nichts als Rechtsbeugung, Rechtsbruch und Vergewaltigung ist. Wo waren die bürgerlichen Parteien mit ihrem Protest, als Arbeiter zu Tausenden durch die Nachejustiz in die Kerker geworfen wurden? Es ist offenkundige Tatsache, daß die Kreise um Stinnes engste Verbindung der französischen und deutschen Schwerindustrie suchen. Der Großindustrielle Rechberg hat jetzt erst wieder der französischen Großindustrie den dritten Teil der deutschen Industrieaktien angeboten. Bei Lohnkämpfen stützen sich die Unternehmer immer auf die Bajonette der Engländer und Franzosen. Weihnachten 1918 hat die rheinische Bourgeoisie den Einmarsch der Besatzungstruppen stürmisch begrüßt. Die Arbeiter lassen sich nicht täuschen durch die Manöver der französischen Interessenten; sie lassen sich aber auch nicht irreführen durch das nationalistische Geschrei von dieser Seite des Rheins. Wir rufen ihnen zu: Nieder mit der Koalitionspolitik, es lebe die proletarische Welteinheitsfront! (Bravo! bei den Komm.)

Zu den Gesetzentwürfen über Aenderung der Dienstbezüge der Staatsbeamten und Lehrer, die unter Ablehnung des weitergehenden, benorzugte Aufbesserung der Unterbeamten anstrebenden kommunistischen Antrags nach den Ausschußvorschlägen angenommen wurden, sprach

Genosse König:

Die vorliegende Besoldungsvorlage ist ein Schlag ins Gesicht der unteren und mittleren Beamten. Heute betragen die Mindestangaben für eine Familie mit zwei Kindern nach den amtlichen Indexziffern rund 13 000 Mk. pro Woche. Da muß man den Beamten der Gruppe 1 bei Anrechnung aller Dienstjahre 12 800 Mk. Grundgehalt und 3000 Mk. Ortszulagenzuschlag, zusammen rund 16 000 Mk., anzubieten, während er mindestens 52 000 Mk. gebraucht. Selbst ein Beamter der unteren Sekretäre in Gruppe 7 würde bei höherem Dienstalter in Ortsklasse A erst 29 500 Mk. Gehalt beziehen. Es ist kein Wunder, wenn unter der Wirkung dieser Verhältnisse immer weitere Kreise der Beamtenschaft erkennen, daß Regierung und Koalitionsparteien einschließlich der MSPD. den Beamten nicht helfen wollen. Wir verweisen die Beamten auf die Selbsthilfe, Schulter an Schulter mit der klassenbewußten Arbeiterschaft muß sie ihr Recht zum Leben erkämpfen, da die Parlamente nur Redensarten anstatt Brot für sie haben. (Bravo! bei den Komm.)

Der Besitzer der Burg Saaleck, der den Rathenau-Mördern Unterschlupf gewährt hatte, wird freigesprochen

weil er sich darauf herausredet, die Mörder hätten den Turm der Burg am Blitzableiter erklettert. Wann hätte ein bürgerliches Gericht je einem Arbeiter eine solche Ausrede geglaubt?

Dietrich, der die Mörder mit Anzügen versorgt, bekommt nur einige Monate Gefängnis, weil er aus Kameradschaftlichkeit gehandelt hat. Eine Arbeiterin, die während der Kämpfe in Mitteldeutschland aus Kameradschaftlichkeit für kämpfende Arbeiter Samariterdienste leistete, bekam fünf Jahre Zuchthaus.

Wieder ein Monarchistenkongreß!

München, 25. Oktober.

Unter der Ueberschrift: „Eine Konferenz bayrischer Separatisten, österreichischer Karlisten, französischer und russischer Bolschewisten in München" teilt die „Münchner Post" heute mit, daß im Monat September in einem der ersten Hotels in München eine Konferenz stattfand. Bei dem Russen Dr. Ledifen trafen sich eine Reihe hochgestellter Persönlichkeiten öfter, u. a. der französische Gesandte Dard, Graf Bothmer, Graf Lerden, die Mutter der Exkaiserin Zita, die Herzogin von Parma, ein russischer General Schleglowitow, ein Baron Fersen und ein Oberst Behmutow. Die beiden letzteren trafen als Abgesandte der russischen Bolschewisten ein.

*

Es versteht sich, daß nicht Bolschewisten, sondern russische Monarchisten an dem Kongreß teilnahmen. Es versteht sich ferner, daß solche Konferenzen, in denen Anschläge gegen die russische und internationale Arbeiterschaft geschmiedet werden, nur stattfinden können durch die Duldung und Begünstigung der Behörden, die in anderen Fällen so rasch bei der Hand sind, Ausländer auszuweisen.

Der Bund für Schwindel und Fälschung

Um seinen wahren Charakter zu verbergen, um die Oeffentlichkeit zu täuschen, hat der sogenannte „Bund für Freiheit und Ordnung" den Demokraten Kopsch und den Zentrumsmann Pfeiffer in seinen Einladungen als Vorstandsmitglieder des Bundes bezeichnet. Die Namen hat man auch gegenüber der Polizei als Träger von Vorstandsämtern bezeichnet. Alles Schwindel.

Herr Kopsch hat bereits öffentlich erklären lassen, daß er niemals Mitglied des Bundes geworden sei. Und nun läßt Herr Pfeiffer erklären, daß er lediglich auf Grund vollständig falscher Angaben über den Zweck des Bundes im Juli 1921 eine formale Beitrittserklärung abgegeben habe durch Zahlung von 10 Mk. Weiter hat er keine Berührung mit dem Bunde gehabt, dessen Bestrebungen er natürlich entschieden ablehne. Wie Pfeiffer Mitglied des Vorstandes dieses Schwindelbundes geworden ist, bleibt ein Geheimnis der ehrenwerten Leute für „Freiheit und Ordnung".

Knüppel-Kunze in „Notwehr"

Der deutsch-soziale Berliner Stadtverordnete Kunze, genannt Knüppel-Kunze, hatte bekanntlich bei einer nationalistischen Agitationsversammlung in Oppeln auf Arbeiter, die er aufs schwerste provoziert hatte, mit einem Revolver geschossen und eins seiner Opfer blutig niedergestreckt. Er wurde darauf verprügelt, kam aber mit einem blauen Auge davon und wurde jetzt auch, trotz seiner Schießerei, aus der Haft entlassen. Die Staatsanwaltschaft hat ihn wieder auf freien Fuß gesetzt, da sich nationale Elemente gegenüber Proletariern bekanntlich stets in „Notwehr" befinden. Kunze hat inzwischen seine oberschlesische Agitationsreise fortgesetzt und in Beuthen wieder eine seiner Knüppelreden vom Stapel gelassen. Während man diese provokatorischen und schießwütigen Nationalunken auf freien Fuß setzt, hält man kommunistische Stadtverordnete, wie unseren Genossen Rosenberg, sowie auch die Genossen Heinrich, Gohlke usw. noch immer in Untersuchungshaft, obwohl man ihnen nicht das geringste an den blutigen Zusammenstößen am Zirkus Busch nachweisen kann, wo doch gerade die Organisatoren des Knüppel-Kunze die schuldigen Urheber sind.

„Ich kenne keine Parteien . . ."

Burgfriedensrummel bei Ebert

Als Abschluß des widerlichen Kuhhandels, durch den die Sozialdemokraten sich die Verlängerung der Präsidentschaft Eberts durch die Zustimmung zur weiteren Ausplünderung und Knebelung des arbeitenden Volkes auf allen Gebieten erkauften, begab sich das Reichstagspräsidium, vom Deutschnationalen Dietrich bis zum ehemaligen Unabhängigen Dittmann, an Ebert, um ihm „die Glückwünsche des Reichstags" zu seiner Wahl zum definitiven Reichspräsidenten zu überbringen und ihn „zu bitten, dem Wunsche des Reichstags zu entsprechen".

Ebert antwortete durch eine Ansprache, in der er erklärte, daß er die Wahl annehme und sich bemühen werde, den Burgfrieden aufrechtzuerhalten:

„Darum wird es mein stetes Bemühen sein, über alle Verschiedenheiten der Interessen und Weltanschauungen hinweg, die großen und wertvollen Kräfte unseres Volkstums zu einigen, zusammenzufassen und zusammenzuschließen, in dem uns allen Gemeinsamen: der Liebe und Pflicht und Treue zu Volk und Vaterland. Was uns auch sonst trennen mag, im klaren Bewußtsein unserer Pflichten gegen die Nation müssen wir alle uns in Einigkeit zusammenfinden."

„Ich kenne keine Parteien, ich kenne nur Deutsche!", sagte Wilhelm und schickte Millionen und aber Millionen in das imperialistische Weltkriegsgemetzel. Unter der Parole der „Treue zu Volk und Vaterland" überantwortet Ebert die Proletariermassen dem Hungertod, indem er seine Macht in den Dienst der kapitalistischen Interessen stellt, sie zur Erhaltung der zerfallenden Macht des Kapitals und zur Niederhaltung der rebellierenden Arbeiterschaft verwendet.

Erhöhte Posttarife

(Eigene Drahtmeldung.)

Berlin, 25. Oktober.

Der Postbeirat des Reichstages hat beschlossen, die Postgebühren abermals zu erhöhen, und zwar diesmal gleich um 100 Prozent.

Das Elend wächst riesenhaft

Mit großen Sprüngen wie gehetztes Wild, so jagen die Preise weiter. Schneller als der Statistiker notieren kann, folgen die Preiserhöhungen. Die Preisstatistik von gestern ist durch die Preiserhöhung von heute früh und heute mittag schon längst wieder überholt. Sie hat daher immer nur den Wert eines Vergleichsmaßstabes. Das gilt auch für die nachstehenden Indexziffern, nach der „Industrie- und Handels-Zeitung", für die Zeit vom 14. bis 20. Oktober. Setzt man die Preise des Jahres 1913 gleich 1, dann ergeben sich für jetzt folgende Ziffern:

Kohle, Eisen, Metalle, Brennstoffe, Oele	590,09
Textilien, Häute, Felle, Leder, Gummi	779,64
Getreide, Mehl, Kartoffeln, Düngemittel	528,54
Fleisch, Fisch, Fette, Milch, Zucker und andere Nahrungsmittel	367,23
Gesamtindex	566,22

Demnach ergibt sich im Gesamtdurchschnitt für die Preise im Großhandel eine Verteuerung um das 566 fache. Die Steigerung der Löhne und Gehälter dagegen hält sich in den Grenzen des 100 bis 150 fachen.

---

v. Gräfe ausgeschlossen. Das führende Haupt der Hakenkreuzler, v. Graefe, ist nunmehr ebenfalls aus der Deutschnationalen Partei ausgeschlossen worden. Er führt das auf Alljuda zurück, das auch in die Deutschnationale Partei den Bazillus der Spaltung trage.

Beginn der Orientkonferenz am 13. November. Nachdem Frankreich wie England und Italien sich über den Ort und Termin der Konferenz geeinigt haben, hat Poincaré die temalistische Regierung verständigt, daß die Konferenz am 13. November in Lausanne zusammentritt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019221025-18/fragment/page=0002

Wie die Teno „berichtigt"

Die Hauptstelle der „Technischen Nothilfe" Berlin-Steglitz schickt uns folgende Berichtigung:

„Es ist unwahr, daß Oberpräsident Noske die Leitung der Technischen Nothilfe Hannover dem „Kappisten" Andrée übertragen habe. Wahr ist vielmehr, daß die Hauptstelle der Technischen Nothilfe Herrn Andrée lediglich mit der Führung der Ortsgruppe Hannover beauftragt hat.

Es ist nicht wahr, daß Herr Andrée als „Kappist" bekannt ist und der Ehrhardtformation (Organisation „Consul") angehört. Wahr ist vielmehr, daß Herr Andrée nach eidesstattlicher Versicherung weder mit der Kappbewegung etwas zu tun gehabt, noch der Ehrhardtformation (Organisation „Consul") angehört hat.

Es ist unwahr, daß der Feldwebel der Werftdivision Borchert sein Sekretär ist. Wahr ist vielmehr, daß Herr Borchert bereits am 5. Dezember 1919 als Vizefeldwebel der Reserve der Werftdivision ausgeschieden und als Bureauvorsteher beim Landesbezirk, nicht Ortsgruppe Hannover, angestellt ist."

Diese Berichtigung bestätigt im wesentlichen nur unsere Angaben in der Notiz „Noske vergibt die Technische Nothilfe an Kappisten" in unserer Ausgabe vom 2. Oktober. Nur daß der Kappist Andrée nicht die Technische Nothilfe der ganzen Provinz, sondern nur der Stadt Hannover gegen streikende Arbeiter einsetzt.

Ausland

Faszistenüberfall in Bulgarien

Sofia, 25. Oktober.

Vorgestern hatte die Kommunistische Partei in Küstendil eine große Versammlung abgehalten. Plötzlich drangen mehrere Personen in den Saal und eröffneten ein heftiges Feuer auf die Kommunisten, welche mit Schüssen aus Revolvern erwiderten. Ehe die Behörde eingreifen konnte, zählte man schon drei Tote und eine große Anzahl von Verletzten. Die Wache schritt ein und nahm 70 Personen in Haft.

Die Neuwahlen in England

Die Neuwahlen sollen nunmehr am 15. November vorgenommen werden. Die Sozialisten sind gegen diesen Wahltag, einen Mittwoch, und fordern, daß die Wahlen an einem Sonnabend vorgenommen werden mögen. Aber die Entscheidung des designierten Ministerpräsidenten ist gefallen. Die Kandidaten müssen bis zum 4. November namhaft gemacht werden. Das neue Parlament wird am 20. November eröffnet werden.

Vor einer italienischen Faszistenregierung

(Eigener Drahtbericht.)

Rom, 24. Oktober.

Beim Aufmarsch der Faszisten zum Parteitag in Rom ist es bisher zu keinen Zwischenfällen gekommen. Die Faszisten scheinen darauf zu rechnen, daß sie die Regierungsmacht legal übernehmen können. Gioletti, der im allgemeinen als der Chef des nächsten Kabinetts betrachtet wird, hielt eine Rede, in der er die Faszisten eingeladen hat, gemäß ihrer Stärke an der Regierung teilzunehmen. Er begrüßte die Faszistenbewegung, die „zur Hebung der Staatsautorität" beitragen solle.

Vom Tage

Schweres Eisenbahnunglück. Ein schweres Eisenbahnunglück ereignete sich am Montagabend auf dem Bahnhof Osterburg. Ein von Magdeburg kommender Güterzug fuhr einem Güterzug in die Flanke, als dieser im Bereich war, die Station Osterburg zu verlassen. 15 Wagen wurden dabei zertrümmert. Der Materialschaden ist bis jetzt unübersehbar. Ein Schaffner wurde getötet und ein Lokomotivführer schwer verletzt.

Eine Arbeiterkolonne vom Zug überfahren. Wie aus Lüneburg berichtet wird, fuhr ein aus Domitz kommender Personenzug auf dem Westbahnhof in eine Arbeiterkolonne, die auf dem Wege zur Arbeitsstätte einen verbotenen Weg über die Schienen benutzte. Dichter Nebel hatte den Arbeitern den heranbrausenden Zug verborgen. Zwei Arbeiter wurden getötet, ein anderer Arbeiter mußte schwerverletzt eingeliefert werden.

Vier Personen von einer Granate in Stücke gerissen. Die „Düsseldorfer Nachrichten" melden aus Opladen, daß der in Buettingen wohnende Reinhold Kemmler in einem Anfall von Geistesmut seinem Leben ein Ende machen wollte, indem er sich mit einem Weidepfeil nahe der Wohnung auf eine von ihm angezündete Granate setzte. Einer seiner Freunde, dessen Braut und Mutter stürzten herbei um die glimmende Zündschnur zu löschen, die Granate explodierte jedoch, ehe das geschehen war und alle vier wurden in Stücke gerissen.

Eine Kirchenglocke gestohlen. Aus einem Keller auf dem Viarrgrundstück der katholischen Herz-Jesu-Gemeinde in Berlin ist eine anderthalb Zentner schwere Kirchenglocke gestohlen worden. Auf dem Gemeindefriedhof in Lankwitz sind von sieben Erbbegräbnissen dreizehn Bronzeletten im Werte von 10 000 Mk. entwendet worden.

Der Zentralausschuß der KPD. gegen die Spaltungspolitik der Amsterdamer

Der Zentralausschuß der Kommunistischen Partei nahm in seiner letzten Sitzung am 15. und 16. Oktober einstimmig folgende Resolution an:

Resolution zur Gewerkschaftsfrage.

I.

Der Zentralausschuß der KPD. stellt fest: die auf dem 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale beschlossene, und auf dem 3. Kongreß wie auf dem 1. Weltkongreß der Roten Gewerkschafts-Internationale weiter geklärte und bestätigte Taktik der Eroberung der Gewerkschaften für den revolutionären Klassenkampf hat sich in Deutschland voll bewährt. In allen Bezirken und in allen Industriegruppen befinden sich die revolutionären Gewerkschafter auf dem Vormarsch. Trotz steigenden Widerstandes der Amsterdamer Gewerkschaftsbureaukraten wächst der Einfluß unserer Anschauungen über die Aufgaben der Gewerkschaften in den Massen, wenden uns immer mehr Arbeiter ihr Vertrauen zu. Dieser wachsende Einfluß in der Arbeitermasse resultiert nicht allein aus der planmäßigen Arbeit unserer Gewerkschaftsfraktionen — diese läßt leider noch sehr viel zu wünschen übrig —, sondern mehr noch aus den Methoden der Praktiken der Amsterdamer Gewerkschaftsbureaukratie selbst.

II.

Was die Kommunisten schon seit Jahren wieder und wieder betonten, daß die kapitalistische Wirtschaft nicht einmal imstande ist, dem Proletariat das bisherige Lebensniveau weiter zu gewähren, bewahrheitet sich immer mehr. Das Existenzminimum der Arbeiterklasse wird von der Bourgeoisie systematisch gesenkt, um die Forderungen des kapitalistischen Ausbeutungssystems zu erreichen. Die für kapitalistischen Wiederaufbau, Arbeitsgemeinschaft, Koalitionspolitik einstretende Amsterdamer Gewerkschaftsbürokratie, die sich aus Furcht vor den Konsequenzen des Klassenkampfes, aus Haß gegen die revolutionäre Bewegung mit dieser unvermeidlichen Entwicklung abfindet, ist lediglich bestrebt, die schlimmsten Folgen dieser Entwicklung für die Arbeiter und die Wirtschaft mittels der Arbeitsgemeinschaft zu furieren.

Anstatt jedoch die Lage der Arbeiterklasse zu bessern, führt umgekehrt diese Methode die Arbeiter und deren Organisationen von Niederlage zu Niederlage. Je mehr Arbeiter diese Tatsache erkennen, desto mehr wenden sich von den Amsterdamern und ihren Methoden ab, desto mehr bekennen sie sich zu den Anschauungen der Kommunisten und wenden sich dem Klassenkampf zu. Die Kommunisten wissen, daß dieser Prozeß der Selbstbesinnung der arbeitenden Massen ein langwieriger Prozeß ist, und daß die Gewerkschaftsbureaukratie nicht gesonnen ist, diesen Prozeß zu fördern, noch von ihren verderblichen Wegen umzukehren und ihre Machtpositionen den revolutionären Elementen der Arbeiterbewegung auszuliefern. In ihrem Widerstand gegen den Revolutionierungsprozeß der Masse findet die Gewerkschaftsbureaukratie die eifrigste Unterstützung der Bourgeoisie und ihres Staatsgewalt. Trägt doch die Umkehr der Arbeitermasse vom Boden der Arbeitsgemeinschaft zum Klassenkampf die unvermeidliche Konsequenz des revolutionären Angriffs der Arbeiter auf das kapitalistische Wirtschafts- und Staatssystem in sich.

Durch ihr arbeitsgemeinschaftliches Bündnis mit der Bourgeoisie werden die Gewerkschaftsbureaukraten veranlaßt, die Arbeiterinteressen unterzuordnen den Interessen des kapitalistischen Staates. Sie unterstützen das Stinnes-Lubersac-Abkommen durch Ueberschichten der Bergarbeiter und Durchbrechung des Achtstundentages. Sie erklären jeden Versuch des Proletariats, durch Streik seine ökonomische Lage zu bessern, als „wilde" Streiks, als ein Verbrechen gegen die „Volksinteressen", d. h. gegen die bürgerliche Demokratie, die Stinnesdiktatur. So haben sie gewaltsam die großen Streiks der Eisenbahner und Gemeindearbeiter abgewürgt und in Verbindung mit der „Technischen Nothilfe" die kämpfenden Landarbeiter unter das Joch der Junker gezwungen. Unter der Parole: „Volksernährung ist wichtiger als Arbeiterrecht", sicherten sie die Profite der Ausbeuter.

III.

Wollen die Arbeiter ihren Kampf gegen den Kapitalismus erfolgreich führen, dann kann das nur in der geschlossenen proletarischen Klassenfront geschehen. Wenn die revolutionären Gewerkschafter für die Bildung der Einheitsfront aller Arbeiter, für die Erhaltung der gewerkschaftlichen Einheit mit aller Kraft eintreten so tun sie das aus der in jahrelangjähriger Erfahrung gewonnenen Erkenntnis, daß nur die vom Klassenkampf geeinte und fest organisierte Masse den Gegner stürzen und den Sieg auszuüben kann. Der Wille zum Klassenkampf diktiert den Willen zur Einheit der gewerkschaftlichen Organisationen. Deshalb müssen die Kommunisten einen rücksichtslosen Kampf gegen alle Gewerkschaftsspalter führen.

IV.

Auch die Amsterdamer führen die Rede von der Notwendigkeit der Erhaltung der Einheit der Gewerkschaften im Munde; sie wollen diese Einheit aber nicht zum Klassenkampf, sie wollen sie zur Aufrechterhaltung ihres Bündnisses mit der Bourgeoisie, sie sind dieser nur bündnisfähig in der Arbeitsgemeinschaft oder in der Koalition, wenn sie die Arbeitermassen vom Klassenkampf abhalten können. In dem Ausmaße, in dem der Prozeß der Revolutionierung der Gewerkschaftsmitglieder sich vollzieht und die revolutionäre Positionen in den Gewerkschaften erobern, in demselben Umfange wächst der Haß der Bureaukratie gegen die Kommunisten, sie werfen diese aus den Organisationen heraus in der Meinung, den unvermeidlichen Ernüchterungsprozeß der Arbeiter aufhalten zu können. Dabei ist es der Gewerkschaftsbureaukratie gleichgültig, wenn durch ihre Gewaltpolitik Hunderttausende von Arbeitern in den Indifferentismus versinken.

Der Landarbeiterverband wie der Eisenbahnerverband sind durch den Ausschluß der besten Elemente bereits kampfunfähig gemacht. In vielen Orten und Betrieben sind ihre Organisationen vollständig zusammengebrochen. Der Vorsitzende des Bauarbeiterverbandes, Paeplow, ist der Führer und Organisator der Gewerkschaftsspalter. Er hat zuerst offen den Hinauswurf von hunderttausend oppositionellen Gewerkschaftsmitgliedern angedroht, auch wenn das die Spaltung der Gewerkschaften bedeuten sollte.

Je weniger sich die Kommunisten und revolutionären Gewerkschafter durch die Gewaltsreiche einer verbrecherischen Gewerkschaftsbureaukratie zu unbedachten Schritten provozieren lassen, je intensiver sie ihre zielbewußte Arbeit planmäßig fortsetzen und je mehr den breiten Arbeitermassen die Verderblichkeit der arbeitsgemeinschaftlichen Politik klar wird, um so weniger haben die Gewerkschaftsführer ein Interesse an der Erhaltung der Einheitsfront in den Verbänden. Die Bureaukratie will spalten, weil sie die Spaltung der Gewerkschaften als kleineres Uebel für sich betrachtet. Natürlich bemüht sie sich, durch raffinierte Fälschungen und Verleumdungen die revolutionären Arbeiter für die Spaltung verantwortlich zu machen. Dort, wo aber auch dies nicht mehr gelingt und trotzdem der Einfluß der Kommunisten weiter steigt, ist die Bureaukratie schamlos genug, offen und unverhüllt ihre Gewaltpolitik fortzusetzen und zu organisieren. Die Bildung mit von Gummiknüppeln ausgerüsteten Gewerkschaftspolizeien zur Bekämpfung von Kommunisten oder die unverblümte Aufforderung des „Vorwärts" vom 12. Oktober 1922, „den kommunistischen Gewerkschaftsretern ist die Tür zu weisen, selbst auf die Gefahr hin, von der kommunistischen Gegenseite als Gewerkschaftsspalter hingestellt zu werden", die Drohung des „Correspondenzblattes" vom 23. September mit dem Hinauswurf der Kommunisten, „der reinlichen Scheidung", beweisen das hinlänglich.

V.

Für die kommunistischen Gewerkschafter ergibt sich aus diesen Feststellungen:

1. die Richtigkeit der bisherigen Gewerkschaftstaktik der Kommunistischen und Roten Gewerkschafts-Internationale und die Notwendigkeit ihrer rücksichtslosen Fortsetzung, weil sie erfolgreich ist;
2. die Steigerung der aufklärenden Arbeit in den Gewerkschaften und ihre noch planmäßigere und intensivere Durchführung im Sinne des Jenaer Parteitagsbeschlusses als bisher;
3. die Zurückweisung aller Stimmungen, die aus Verärgerung über die geschilderten Methoden der Amsterdamer oder aus revolutionärer Ungeduld wegen zu langsamen Fortschreitens unserer Arbeit mit den Gewerkschaften brechen und neue Organisationen gründen wollen.

VI.

Die Erhaltung der Einheit der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung hängt nicht von uns, sondern von dem Treiben der Amsterdamer ab. Wir sind uns wohl bewußt, daß die jetzige und hinterhältige Gewerkschaftsbureaukratie keine Stunde sich besinnen wird, die Gewerkschaften nicht zu spalten, sondern sie zu zertrümmern, wenn sie kein anderes Mittel mehr sieht, um die Positionen des bankrotten Reformismus gegen den Willen der Mitglieder zu behaupten. Aber unsere Taktik hat sich als die beste Methode erwiesen, die breiten Massen aus der arbeitsgemeinschaftlichen Ideologie zu befreien und gleichzeitig ihr Vertrauen zu erobern. Wo durch die Maßnahmen der Gewerkschaftsbureaukratie die Einheit der Arbeiterorganisationen gesprengt wird, wo breite Schichten von Klassengenossen in den Indifferentismus gestoßen werden, müssen die revolutionärsten Gewerkschafter dafür sorgen, daß solchen Arbeitern Organisationen zur Verteidigung ihrer Arbeiterexistenz zur Verfügung stehen und die Indifferenten dem Klassenkampf zurückgewonnen werden.

Keine Drohung der Gewerkschaftsbureaukratie und keiner ihrer Gewaltsreiche wird uns abhalten, diesen von uns als richtig erkannten Weg weiter zu schreiten. Wir werden bis zum Letzten kämpfen für die Erhaltung der gewerkschaftlichen Einheit, und wo die Bureaukratie trotzdem das Proletariat und seine Organisationen spaltet, da werden wir es wieder sammeln und organisieren zum neuen Kampf für die Einheitsfront aller Arbeiter, zum Kampf gegen das Kapital und seine Bundesgenossen.

Riesengewinne der Zechenbarone

Bilanzverschleierung des Michel-Konzerns Groß-Rauna — Höhere Gewinne als eingezahltes Kapital

Das Handelsgesetzbuch schreibt vor: „Bei Aufstellung der Bilanz, bzw. bei Feststellung der Inventurwerte mit der größten Gewissenhaftigkeit zu verfahren und die Schlußbilanz so übersichtlich und verständlich als möglich zu gestalten . . ."

Wie respektiert nun der Michelkonzern diese gesetzliche Bestimmung? Wenn man vor dem Kriege eine Bilanzveröffentlichung oder einen Geschäftsbericht zu Gesicht bekam, so konnte sich der Fachmann ohne weiteres ein Bild von dem ganzen Geschäftsgange machen. Anders heute. Aus der Michelbilanz 1921/22 läßt sich noch nicht einmal das Kapital-Konto feststellen, weil es in das Kreditoren-Konto nebst anderem, z. B. der Ausbeute, mit hineinverrechnet wurde. Wenn wir nicht zufällig den Geschäftsbericht vom Jahre vorher zur Hand gehabt hätten, wäre es uns nicht möglich gewesen, das eingezahlte Kapital festzustellen. Dasselbe Verfahren hat man auch beim Gewinn- und Verlust-Konto angewandt, indem auf der linken Seite der Saldo (d. h. Gewinn-Ueberschuß) nur teilweise zu erfassen ist, während der andere Teil des Gewinnes, „Unterstützungsfonds und Steuern" in den Gesamtunkosten mit drinnstecken. Weiter wurde schamhaft im Bericht verschwiegen, daß man dem Werkserhaltungs-Konto wieder etwas vom Gewinn überwiesen hatte. Diese Feststellung konnten wir ebenfalls nur an Hand der vorjährigen Bilanz machen, wonach sich leicht erkennen ließ daß der Posten „Steuern" auch das Konto Werkserhaltung mit umfaßt. Dieses stand im verflossenen Geschäftsjahre mit 8 250 000 Mark zu Buche, müßte nun bei dem jetzigen Zugange von 8 500 000 Mark die Höhe von 16 750 000 Mk erreicht haben. Wer damit „erhalten" werden soll, ob das Werk oder einige notleidende Aktionäre, läßt sich leider nicht feststellen.

Auf die einzelnen Posten selbst einzugehen, ist nicht möglich, da uns hierzu Raum und Zeit mangelt. Denn es ließe sich noch allerhand darüber erzählen. Die einzige wirklich objektiv feststehende Größe ist der

Brutto-Gewinn von 33 334 692 Mark,

der dann wirklich seitens des Grubenvorstandes verteilt werden kann.

Wir ersehen aus dem Gesagten, daß diese Bilanz alles andere nur nicht „übersichtlich" und „verständlich" ist, ganz im Gegenteil, verschleiert und unverständlich.

Daß aber eine Treuhandgesellschaft derartige Manipulationen gutheißt, ist denn doch die Höhe und läßt erkennen, welche Duldsamkeit man seitens der Regierungsorgane erwartet.

Vielleicht trägt unser Hinweis dazu bei, das Finanzamt bzw. die Steuerbehörde mal aus ihrem Vertrauen aufzurütteln.

Gewinnberechnung des Michel-Konzerns für 1921/22

	Bergwerksbesitz Michel Groß-Rauna Mk.	Bergwerksbesitz Vesta Rauna Mk.	Gewerkschaftsbesitz Leonhardt Neumark Mk.	Gewerkschaftsbesitz Hoffnung Roßbach Mk.	Summa
Abschreibungen	1 389 784	1 953 431	1 083 524	758 728	5 185 467
Unterstützungsfonds (?)	500 000	500 000	1 000 000	500 000	2 500 000
Rückstellung für Werkerhalt.(?)	2 000 000	1 500 000	4 000 000	1 000 000	8 500 000
Rückstellung für Steuern	1 300 000	1 800 000	2 000 000	1 000 000	6 100 000
Zahlung an die Aktionäre	3 000 000	2 100 000	3 600 000	900 000	9 600 000
Vortrag für neues Jahr	222 281	532 870	294 748	399 326	1 449 225
Gewinn 1921/22	8 412 065	8 386 301	11 978 272	4 558 054	33 334 692

Der im verflossenen Geschäftsjahre erzielte Gewinn von 33 334 692 Mark übersteigt den vorjährigen, dank der mehrmaligen Kohlenpreiserhöhungen um 12 747 870 Mark und das eingezahlte Kapital, welches im Vorjahre 19 650 000 Mark betrug, das sich in diesem Jahre durch Tilgungen auf dem Kuxgelderrest-Konto aber auf rund 20 500 000 Mark erhöht, um 12 834 692 Mark.

Es sei noch bemerkt, daß der Grubenvorstand bei allen vier Anlagen ein und derselbe ist.

Außerdem wurden verschiedene Neuanschaffungen vorgenommen. Nicht weniger als sechs neue Autos, die Millionen kosten, sind im Berichtsjahre angekauft worden, ebenso das große Parkbad in Halle, das zu Geschäftszwecken umgebaut wird. Dem Generaldirektor ist eine fürstliche Villa zur Verfügung gestellt worden, verschiedene Neubauten wurden in Halle errichtet, was alles Unsummen verschlang.

Riesengewinne und Bilanzverschleierung! Ja, ja, die Geldsäcke haben allen Grund, ihre ungeheuren Profite der Oeffentlichkeit gegenüber zu verstecken. Und wer bezahlt diese Riesenprofite? der Arbeiter und die Verbraucher! Die Arbeiter werden mit einem schändlichen Hungerlohn abgespeist und die Verbraucher müssen die Kohlen immer teurer bezahlen! Dabei vertreten die Grubenbarone den Standpunkt, daß in den fortgesetzten Lohnbewilligungen eine Zurückhaltung geübt werden müsse; das Wirtschaftsleben könne die Lohnsteigerungen nicht mehr ertragen. Sie wollen sich künftig an Lohnverhandlungen nicht mehr beteiligen und die Verantwortung dafür der Regierung überlassen.

Der Zentner Briketts kostet „nur" 365 Mk., in Friedenszeiten etwa 50 Pf. Die Kohlenpreise steigen von Monat zu Monat und können von der arbeitenden Bevölkerung infolge ihrer Höhe nicht mehr bezahlt werden. Der Reallohn sinkt immer tiefer; er reicht nicht einmal aus, um die Familien auch nur einigermaßen zu sättigen. Hungern und frieren — das ist es, was die Arbeiterschaft in steigendem Maße niederdrückt. Man vergleiche damit das Leben, das die Grubenprotzen führen können, dank der ungeheuren Millionengewinne, die sie aus den Knochen der Kumpels herausschinden und wofür sie diese mit elenden Hungerlöhnen abspeisen. Wem soll da nicht die Galle überlaufen?

Die Arbeiterschaft kann daraus ersehen, daß mit dieser kapitalistischen Wirtschaft endlich Schluß gemacht werden muß. Kampf dieser Ausbeutergesellschaft — muß die Parole der gesamten Arbeiterklasse sein. Genossen, Arbeiter, stellt Euch deshalb geschlossen hinter den Reichsbetriebsrätekongreß, der den Kampf mit dem Unternehmertum aufnehmen und auch durchführen wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019221025-18/fragment/page=0003

Aus der Provinz

Schiedsspruch in der Maifeierfrage

Der Bergarbeiter=Verband gibt bekannt:

In der Maifeierfrage tagte am Sonnabend, unter Vorsitz des Handelsministers, die Schiedsstelle der Fachgruppe Braunkohlenbergbau. Das Schiedsgericht hatte die Entscheidung über **Anrechnung des 1. Mai auf den Lohnurlaub** zu entscheiden. Nach mehrstündiger Verhandlung ist mit Stimmenmehrheit folgende Entscheidung getroffen worden:

„Wenn die Betriebsvertretung im Auftrage der Belegschaft dem Arbeitgeber vor dem 1. Mai mitgeteilt hat, daß die Belegschaft den 1. Mai feiern wolle, so gilt die Arbeitsversäumnis als berechtigt. Das gleiche gilt, wenn einzelne Arbeitnehmer vor dem 1. Mai um Urlaub für den 1. Mai nachgesucht haben."

Diese Entscheidung soll aber nur gelten für die noch strittigen Fälle und für die Zukunft. Da, wo die Maifrage durch Verhandlung an einer Schiedsstelle erledigt worden ist, kommt der Schiedsspruch nicht in Frage. Es ist alles versucht, auch die schon erledigten Fälle auf den Schiedsspruch auszudehnen, ein Erfolg ist aber nicht erzielt worden.

Damit dürfte die Angelegenheit, die soviel Staub in den Belegschaften aufgewirbelt hat, endgültig entschieden sein.

Leider bringt der Schiedsspruch auch eine Härte für die Belegschaften, für die die Klage des 1. Mai schon vor den Untergruppen (und doch nur zum Nachteil der Arbeiter) entschieden ist. Es wird hier Aufgabe der Organisationen sein, auch diese Härte im Interesse der in Frage kommenden Belegschaften zu beseitigen.

Holleben

Ich säe nicht, ich ernte nicht und meine dummen Ackerpächter ernähren mich doch; so denkt der hiesige Ortsgeistliche. Er verpachtete im Laufe voriger Woche 36 Morgen Acker unter Bedingungen, die das wahre Innere dieses Menschenfreundes durchblicken lassen. Er verlangt von jedem Morgen einen Zentner Weizen, einen Zentner Roggen, einen Zentner Gerste, drei Pfund Zucker, etliche Pfund Erbsen, einen Zentner Stroh und außerdem noch in barem Gelde, was ein Zentner und 10 Pfund Weizen jetzt kosten. Der Mann gehört vor das Wuchergericht. Dieser „von Gott eingesetzte" Priester hatte vor vier Jahren 14 Morgen Acker verpachtet und da verlangt er jetzt pro Morgen eine Mandel Eier. Ja, aber das ist die Art, wie die „Gottbegnadeten" sich von dem **arbeitenden Volke ernähren lassen, während sie gleichzeitig predigen: Richtet Eure Augen und Sinne nicht auf irdische Güter, im Himmel werdet Ihr die ewige Seligkeit dadurch erwerben!**

Delitzsch

Aus der Partei. Unsere letzte Ortsgruppen=Versammlung brachte eine Aussprache über den Programm=Entwurf. Dieselbe soll in der nächsten Versammlung fortgesetzt werden. Im zweiten Punkte sprach sich die Versammlung über die Revolutionsfeier dahingehend aus, daß nicht der 9. November, wohl aber der 7. November als Revolutionsfeiertag für die Arbeiterschaft in Frage kommt. Es wurde hierzu eine Kommission gewählt, zur Aufstellung und Vorbereitung des Programms. Wer über unregelmäßige Zustellung des „Klassenkampf" zu klagen hat, wende sich an die Preßkommission. Zur Autospende=Sammlung wurde angeregt, wie auch Sammellisten für den Reichsbetriebsrätekongreß verteilt wurden an solche Genossen, die Gelegenheit zum Sammeln haben. Für die Kindergruppe wurde als Leiter Genosse Mann gewählt. Die Frauenagitationskommission muß die wirtschaftliche Not, unter der die Frauen am meisten leiden, zur Agitation und Aufklärung ausnutzen. Zur Frauen=Kreis=Konferenz am 29. Oktober ist die Genossin Kuntsche bestimmt. Alle Kartelldelegierten unserer Partei müssen bei der nächsten Kartellsitzung zugegen sein. Die Mitgliedschaft von Parteigenossen in Nichtarbeitersportvereinen usw. wurde verurteilt. Die „Lindenhof"=Wirtin wird aufgefordert, entweder den „Klassenkampf" in ihrem Lokal zu halten oder auf unsere Versammlungen zu verzichten.

In Delitzsch der höchste Brotpreis! Die Delitzscher Bäckermeister stehen mit ihrer Habgier wieder an erster Stelle mit ihrem Brotwucherpreis. Sie fordern für ein markenfreies Brot 250 Mk., während dies in Halle nur 160 Mark kostet. Ebenso ist die Margarine in anderen Orten bedeutend billiger zu kaufen. Wann wird der Arbeiterschaft bei diesen Wucherpreisen der Geduldsfaden reißen?

Bitterfeld

Die schwindsüchtige Braut im Ehebett. In der vorigen Woche fand im „Bürgergarten" zu Bitterfeld eine große Hochzeitsfeier statt. Der Bräutigam, die SPD., hatte dazu den großen Saal des „Bürgergarten", der die Kleinigkeit von nur 3000 Menschen faßt, ausersehen. Als aber der Hochzeitsbitter mit seinen Gästen und der neuen Braut, die sich bereits vorher mit Stinnes prostituiert hatte, einziehen wollte, stellte sich heraus, daß der Saal denn doch ein wenig zu groß war, da leider die Mehrzahl der eingeladenen Gäste, außer dem früheren Kriegsküchenfritzen der Anilinfabrik, Reichstagsabgeordneten Krüger, ausgeblieben waren. Deshalb zog man es vor, in dem allerkleinsten Sitzungszimmer des „Bürgergartens" traulich vereint die Hochzeit **zu feiern. Vorher jedoch musterte die Brautführerin, Vogler, alle** Gäste auf ihren hochzeitsfähigen Anzug, und siehe da, es stellte sich wirklich heraus, daß einer der ehrwürdigen alten Parteigenossen, ein Verwandter der USPD.=Braut, anstatt den Frack eine alte Arbeitshose an hatte. Die Brautführerin war sehr streng und wies diesem alten braven Kämpfer die Tür. Nach einem langen Sermon, den Krüger verzapfte, wurde durch den Gesangverein die leider so mißratene Feier noch ein wenig verschönt und zum Schluß, um dem Einigungswerk die Krone aufzusetzen, im „Bürgergarten" noch eine kleine Prügelei inszeniert. Das nennt man dann „Gewinnung neuer Mitglieder". So zu lesen im „Volksblatt". Arbeiter, die Ihr keine Hochzeitskleider habt, die Ihr nur Arbeitshosen und auf Grund der berühmten Lohnpolitik nur schlechte Arbeitshosen habt, merkt Euch das! Die neue Hochzeitsgesellschaft (ein Witzbold nannte sie Schiebergesellschaft) nimmt nur noch Leute auf, die sich streng nach dem Muster der Bourgeoisie kleiden. Für Euch aber, im schlichten Arbeitsrock, ist kein Raum in dieser Partei, und darum zieht die Konsequenz und kommt zu uns, zur Kommunistischen Partei. Zeigt diesen Moralfatzken, daß revolutionäre Bewegungen nicht mit dem Frack und der weißen Weste oder dem Dirndlkleid der Frau Vogler gemacht werden, sondern daß bei den Proleten auch der Arbeitsrock noch in Ehren ist.

Fraktionssitzung. Donnerstag abend 6 Uhr Fraktionssitzung aller Genossen der KPD., welche in der chemischen Industrie Bitterfeld beschäftigt sind, im „Fürst Bismarck".

Noch gut abgegangen. Ein Zusammenstoß, der leicht schlimmere Folgen zeitigen konnte, ereignete sich Dienstag vormittag im hiesigen Bahnhof. Eine durchfahrende Lokomotive fuhr infolge des dichten Nebels auf den sonst 7.55 ausfahrenden Berliner Eilzug so stark, daß der letzte Wagen des Zuges aus dem Gleise gehoben wurde und der rechte Puffer der Lokomotive abbrach. Außer Sachschaden ist nichts zu beklagen.

Greppin

In der Angelegenheit Parzellenverpachtung zwischen Neuestraße und Friedhof, über die wir am 20. Oktober berichtet haben, sendet uns der dort genannte Scharfe eine Zuschrift, worin er feststellt, daß die über ihn gemachten Angaben unrichtig sind. Er hatte überhaupt kein Gebot auf eine Parzelle gemacht, also auch nicht 300 Mk. geboten. Wir stellen das hiermit richtig, behalten uns aber vor, auf die Angelegenheit zurückzukommen, falls unser Gewährsmann sich noch dazu äußern sollte.

Wolfen

Kupferdiebstahl. Aus einem Betriebe der Farbenfabrik Wolfen sind, wie jetzt festgestellt wurde, 43 Kupferbleche mit den Ausmaßen 82×45 Zentimeter und 4 Zentimeter Randhöhe gestohlen worden. Die Bleche stellen einen Wert von etwa 40 000 Mk. dar.

FESTSCHRIFT ZUM 5. JAHRESTAG DER RUSSISCHEN REVOLUTION

Mit Beiträgen führender Genossen aller Länder, unter anderen: Lenin, Trotzki, Thalheimer, Paul Frölich, Ker (Frankreich), Bordiga (Italien), Marcowic (Jugoslavien), Roy (Indien) usw. und einer Reihe neuer Bilder aus Sowjet-Rußland und künstlerischer Umschlagszeichnung.

Preis: Nur Mk. **40,—**. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Organisationen.

Verlag der Kommunistischen Internationale und Vereinigung internationaler Verlags-Anstalten Berlin SW 61. *891

ZUR MASSENVERBREITUNG AM 7. NOVEMBER

K.P.D

Kommunist. Partei Deutschlands

Bezirksleitung für Halle=Merseburg.

Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107 001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Bezirksleitung. Mittwoch, 25. Oktober, nachmitt. 5 Uhr, im Bureau **Wichtige Sitzung.** Das Erscheinen aller wird erwartet.

Versammlungen.

Ortsverein Halle.

Bureau. Lerchenfeldstr. 14, Fernruf 1473. Geschäftszeit: Täglich 9—1 und 4—7 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Bauarbeiter. Freitag, den 27. Oktober, abends 6½ Uhr, im „Volkspark": **Sehr wichtige Fraktionssitzung.** Erscheinen müssen alle kommunistischen Maurer, Zimmerer, Bauhilfsarbeiter und Baudelegierte. Parteibuch ist vorzuzeigen

Kommunist. Transportarbeiter. Sonnabend, 28. Oktbr., abds. 7½ Uhr, in der „Produktiv=Genossenschaft": **Wichtige Sitzung.**

Distrikt 9a. Partei= u. Gewerkschaftsfunktionäre des Distrikts müssen zu einer **sehr wichtigen Sitzung** am Sonnabend, dem 28. Oktober, abds. 8 Uhr, im „Thüringer Schlößchen" erscheinen.

Distrikt 11. Im Laufe der Woche **restlos abrechnen.**

Halle=Saalkreis.

Nietleben. Donnerstag, 26. Oktober, abds. 8 Uhr, in der „Sonne": **Funktionär=Sitzung.**

Dölau. Freitag, 27. Okt., abds. 8 Uhr, im Gasthaus Dierschke: **Mitglieder=Versammlung.**

Mansfelder Gebirgskreis.

Unterwiederstedt. Donnerstag, den 26. Okt., abds. 8 Uhr, im Gasthof „Zum goldenen Löwen": **Mitglieder=Versammlung.** Alle bisherigen Mitglieder u. Klassenkampfleser sind eingeladen.

Kreis Bitterfeld.

Golpa. Freitag, 27. Okt., nachmittags 4½ Uhr, im Gasthof Noah: **Oeffentliche Versammlung.** Ref.: Genosse Landtagsabgeordneter Rich. Schnetter, Halle.

Muldenstein. Freitag, 27. Okt., abends 8 Uhr, im Gasthof: **Oeffentliche Versammlung.** Ref.: Gen. Landtagsabgeordneter Rich. Schnetter, Halle.

Wie neu werden ihre Pelze in der Kürschnerei **Fr. Halle**, Gr. Steinstraße 13, Eingang Mittelstr. Neu, Umarbeiten, Reparaturen, fachmännisch, billig.

Wittenberg.

Kammer=Lichtspiele

Von Dienstag, d. 24. bis Donnerstag, den 26. Oktober 1922.

Nur 3 Tage! Nur 3 Tage!

Der gewaltige Sittenfilm:

Der Weg zum Laster.

Sechs Akte aus dem Leben. Hauptrolle: **Grita van Ryt.**

1195 Außerdem:

Das Los der kleinen Pierette.

Drama in 4 Akten mit **Helene Makowska.**

Beginn: 6 und 8¼ Uhr.

Konsum-, Produktiv-, Spar- und Bauverein f. Annaburg u. Umg., e.G.m.b.H.

Sonntag, d. 29. Oktober, nachm. 3 Uhr, im Gasthof „Zum goldenen Ring":

Ordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung: 1194

1. Bericht über d. Geschäftsjahr 1921/22, Bericht d. Aufsichtsrats, Genehmigung der Bilanz, Beschlußfassung über die Verteilung des Reingewinnes und Entlastung des Vorstandes
2. Antrag d. Verwaltung betr. Aenderung der Satzungen der Sterbekasse.
3. Antrag der Verwaltung auf Erhöhung des Geschäftsanteiles, der Haftsumme und des Eintrittsgeldes.
4. Wahl eines Vorstandsmitgliedes (Kontrolleurs).
5. Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern und Ersatzmännern.
6. Geschäftliches.

Der Aufsichtsrat.

J. A.: Wilh. Schüttauf.

Lichtspiele Piesteritz.

Das prächtige Programm von Dienstag bis Donnerstag:

Der Maxim-Film:

Schatten der Vergangenheit.

Großes Schauspiel mit Erich Kaiser-Titz, Gertrud Wolter und Ernst Hofmann

Außerdem: 1196

Freie Bahn dem Tüchtigen

Gutes Lustspiel.

Anfang 8 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Endlich

wieder einmal eine vom Hallischen Publikum langersehnte

Filmoperette.

Wann? 4222 Wo?

Kaufe

Lumpen, Alteisen, Bücher, Zeitungen, Papierabfälle zu Tagespreisen! 412

Adolf Beer,

Kutschgasse 2. Fernruf 2276.

Lassen Sie sich nicht durch Zahlen täuschen!

Ich überbiete jede Konkurrenz u. zahle höchste Preise f. a. Sorten

Lumpen, Knochen, Papierabfälle, Zeitung., Eisen, Felle

und andere Rohprodukte.

E. Günther,

Grafeweg 8, Teleph. 6130.

4223

Werbt f. d. Produktiv-Genossenschaft.

Bekanntmachung.

Freimachung von Wohnungen.

In Abänderung der Bekanntmachung vom 5. September 1922 werden vom 25. d. Mts. an die Umzugskostenbeiträge bei Wohnungsverlegungen innerhalb der Stadt für freigemachte Wohnräume über 12 qm Größe auf 3000 Mark im Höchstfalle, für kleinere Wohnräume auf 2500 Mk. im Höchstfalle erhöht.

Beiträge bis zur gleichen Höhe können bis auf weiteres auch solche Inhaber selbständiger Wohnungen erhalten, die ihre in zwei oder mehrere selbständige Wohnungen teilbare Wohnung freiwillig aufgeben und eine ihnen vom Wohnungsamt zugewiesene kleinere Wohnung beziehen. Nähere Auskunft erteilt das Wohnungsamt (Technische Abteilung).

Halle, den 24. Oktober 1922.

4219 **Der Magistrat.**

Maschinen=, Motoren=, Zylinder= und Automobil=Oele. 682

Oelgroßhandlung Maass & Co.,

Herrenstraße 11. Tel. 4703. Herrenstraße 11.

Achtung!

Einwohner von Stadt u. Land

bringt Eure Felle nach

17 Triftstraße 17

Zahle die höchsten Preise:

Ziegen bis 1550 Mk.

Kanin bis 250 Mk.

Außerdem zahle die höchsten Preise für alle anderen Sorten Felle

Richard Meinhardt,

Triftstraße 17.

4215

Schokoladen

Zuckerwaren usw. 646

kaufen Wiederverkäufer a. billigsten b.

Bachran & Co.,

Markt 6, gegenüber Börse.

Fußbälle

Spezialität: 618 Marke „Salzgraf" pa. Panzer-Kernchromled. anerkannt erstklassig

Jungmann-Bälle

Sportgerechte

Fußballstiefel, Jugendstiefel.

Solide Ware. Große Auswahl.

J. Schärer & Cie.

Halle (Saale) Gr. Ulrichstraße 40 (Eing. Kaulenberg).

Stadt-Theater.

Donnerstag, 26. Okt. Anf. 7½, Ende 11 U.:

Die versunkene Glocke. 4217

Märchendrama v. Gerh. Hauptmann

Freitag **Esther.** Die Torgauer Heide.

Kauft nur bei den **„Klassenkampf"-Inserenten.**

Eisleben

Salz! 727

Billig. Ein Waggon eingetroffen. Bedarf decken. Salz wird teuer. Verkauf von ¼ Zentner an.

Holschke & Wetzel

Sangerhausen, Kegelsgasse 17 Tel. 454

Schlachtgewürze sind eingegangen.

Deutsch. Bauarbeiterverband

Bezirksverein Halle.

Freitag, den 27. Oktober, abends ½8 Uhr, im **„Volkspark"** (Mittelzimmer):

Sitzung der Baudelegierten und des erweiterten Vorstandes.

Delegiertenkarte und Mitgliedsbuch dienen als Ausweis. 4218

Die Ortsverwaltung.

Schreibwaren, Schultafeln usw.

empfiehlt die

Volksbuchhandlung.

Den höchsten Preis 685 für **Herren=Garderoben** wie Anzüge, Hosen, Militärmäntel, Joppen **Schuhwerk** zahlt stets **Hofmann,** Leipziger Straße 27, a. Turm

---

Gold=, Silber=, Platin=Bruch, Uhren, Brennstifte, Zähne kauft 4221 **A. Sparmann,** Gr. Steinstr. 47, am Walhalla.

Ansichtspostkart. empf. Volksbuchhandlg.

Ueberbiete jede Konkurrenz und zahle die höchsten Börsenpreise 4216 für:

Kupfer, Rotguß, Messing, Blei, Zinn, Zink, Staniol, Aluminium, Eisen, Lumpen, Knochen, Papier, Felle, Flaschen, Konserven= und Corned=beef=Büchsen, alle Weißblecharten und Fässer.

R. Gottschalk,

Königstraße 17. Tel. 6301.

(Bitte a. d. Hausnummer zu achten.)

Südstraße 53. Tel. 2715.

Eingang Rudolf=Haym=Straße.

Kostenlose Abholung!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019221025-18/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle, den 25. Oktober 1922

Gewerkschaftsführer und Kontrollausschuß

Der Betriebsräte-Sekretär Wielepp sabotiert weiter den Kontrollausschuß.

Allen Arbeitern ist bekannt, daß die Vollsitzung der Betriebsräte sich für die Bildung von Kontrollausschüssen entschied und beschloß, die Tätigkeit der Kontrollausschüsse mit allen Mitteln zu unterstützen. Betriebsräte und Kontrollausschuß gaben sich der Hoffnung hin, daß der Sekretär Wielepp durch organisatorische und propagandistische Tätigkeit dem Willen der Betriebsräte Rechnung tragen würde.

Aber Wielepp dachte ganz anders! Da der ADGB. die Kontrollausschüsse und den Reichsbetriebsrätekongreß nicht will und Wielepp ein gehorsamer Diener der oberen Gewerkschaftsbureaukratie ist, hat er nichts getan, um die breite Masse der organisierten Arbeiter zur Mitarbeit und Unterstützung des Kontrollausschusses heranzuziehen. Der Kontrollausschuß sah sich deshalb veranlaßt, am vergangenen Mittwoch eine Sitzung mit Wielepp abzuhalten, um ihn an seine Pflicht, die Beschlüsse seiner Auftraggeber auszuführen, zu erinnern.

Als man Wielepp fragte, ob er bereit sei, den Beschlüssen der Vollversammlung und des Kontrollausschusses Rechnung zu tragen, erklärte er: Soweit diese Kontrollausschüsse zu arbeiten in der Lage sind, muß ich sie auch unterstützen. Diese Antwort ist geradezu phänomenal. Wielepp stellt den Werdegang der Kontrollausschüsse direkt auf den Kopf. Nach seiner Auffassung sollen sich die Kontrollausschüsse ohne Betriebsräte und Gewerkschaften durchsetzen, und wenn ihnen das gelungen ist (was unmöglich ist), will Wielepp bereitwilligst die Erfolge des Kontrollausschusses registrieren.

Für den Reichsbetriebsrätekongreß sind für Wielepp nur die Beschlüsse der Zentralinstanzen maßgebend. Wenn daneben noch ein Reichsbetriebsrätekongreß einberufen wird, so könnte er zwar nichts dagegen machen, aber auch nichts dafür tun. Ueberhaupt müssen nach der Meinung Wielepps Gesetze anerkannt werden, und besonders die Wohnungsämter dürften nichts „Ungesetzliches“ zur Steuerung der Wohnungsnot unternehmen.

Der Kontrollausschuß fragte dann Wielepp, ob er bereit sei, für die Bildung der Betriebskontrollausschüsse einzutreten. Darauf fragte Wielepp im Tone höchster Entrüstung: „Was soll ich tun, soll ich etwa in die Betriebe gehen und Betriebskontrollausschüsse bilden?“ Als darauf Vertreter des Kontrollausschusses ihm erklärten, daß dieses durchaus nicht verkehrt sei, bekannte Wielepp endlich Farbe und sagte offen heraus: **„Ich erkenne die Kontrollausschüsse nicht an, ebenso führe ich den Beschluß über Bildung von Kontrollausschüssen nicht aus, da ich das für eine Dummheit halte.“** Darauf machte ihn eine Frau, die Mitglied des Kontrollausschusses ist, darauf aufmerksam, daß sich seine Auffassung nicht mit der hallischen Arbeiterschaft decke. Wielepp erklärte darauf, **Frauen seien überhaupt nicht berechtigt, ihm Vorschriften zu machen.**

Fast zwei Stunden hat Wielepp in dieser Sitzung langatmige Ausführungen gemacht, um dann endlich klar zu sagen, was er will. Nämlich, die Beschlüsse der Betriebsräte-Vollsitzung sabotieren und besonders die weitere Bildung von Betriebskontrollausschüssen verhindern. Schließlich gab Wielepp folgende schriftliche Erklärung ab:

> Der Kontrollausschuß ist kein Organ des Ortsausschusses des ADGB. Infolgedessen ist der Sekretär des Ortsausschusses nicht verpflichtet, sich den Maßnahmen des Kontrollausschusses zu fügen und seine Beschlüsse auszuführen. Wenn der Sekretär sich trotzdem bereit erklärt hat, mit dem Kontrollausschuß von Fall zu Fall zusammen zu arbeiten, so hat er dies getan, weil er bestrebt ist, im Einvernehmen mit der hallischen Arbeiterschaft zu verbleiben. Eine Anerkennung des Kontrollausschusses als Auftraggeber ist in dieser Bereitwilligkeit nicht ausgesprochen worden. gez.: Alfred Wielepp.

Die Vollsitzung der hallischen Betriebsräte muß nunmehr unverzüglich zusammentreten, um darüber zu entscheiden, ob sie sich eine weitere Sabotage durch Wielepp gefallen lassen will.

*

Nr. 2 des Mitteilungsblattes für die Betriebsräte und Kontrollausschüsse ist erschienen. Dasselbe muß bei dem Kollegen Richard Kraußer, Zenkerstraße 51, abgeholt werden. Die Mitteilungsblätter müssen sogleich an die Vertrauensleute der einzelnen Betriebe weitergegeben werden.

Alle Sammellisten für den Reichsbetriebsrätekongreß, soweit diese für Halle ausgegeben sind, müssen bis Sonnabend bei dem Kassierer, Kollegen Otto Schmidt, Jahnstraße 1, abgerechnet werden.

Zum Reichsbetriebsrätekongreß

Die hallischen Metallarbeiter fordern vom ADGB. eine Urabstimmung über die Einberufung des Reichsbetriebsrätekongresses

In der letzten Mitgliederversammlung des DMV., Ortsgruppe Halle, wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Die Ortsgruppe Halle des Deutschen Metallarbeiterverbandes stellt an den Bundesvorstand des ADGB. den Antrag: Um allen Streit über die Einberufung eines Betriebsrätekongresses zu beseitigen, ist sofort eine Urabstimmung unter der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft von den Zentralverbänden vornehmen zu lassen. Die Ortsverwaltung wird ersucht, den Antrag an den ADGB. und den Hauptvorstand des DMV. weiter zu leiten.

Deutschvölkische Feiglinge

Ein hallischer Antisemit vor dem Staatsgerichtshof

Welch feiges und beschränktes Verbrechergesindel sich unter den deutschvölkischen Antisemiten befindet, zeigte eine Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig am Montag. Angeklagt war der 51 Jahre alte Kaufmann Gustav Goethe aus Halle wegen öffentlicher Beleidigung des Reichsministers. Goethe war Vorstandsmitglied der national-sozialistischen Arbeiterpartei in Halle. Am 24. März 1922 fand eine große öffentliche Versammlung mit 30 Mann statt, in der sich der Angeklagte über einige Sipobeamte, die besonders zum Schutz der Versammlung bestimmt worden waren, sehr aufregte und die Regierungsmitglieder als Lumpen und Schieber bezeichnete. Mit dem Mut des Deutschvölkischen erklärte er damals, daß er, wenn er den Auftrag bekäme, Ebert, Scheidemann, Rathenau und Erzberger umzubringen, würde er es sofort tun und dabei nicht einmal den Achtstundentag einhalten. Seine antisemitischen Freunde klatschten Beifall und sahen in dem beschränkten Fanatiker einen „teutschen Helden“. Vor dem Staatsgerichtshof aber war von diesem Helden nur noch eine Jammergestalt übriggeblieben, die um Gnade winselte.

Sein Verteidiger, der Hakenkreuzler Rechtsanwalt Spilling aus Halle, führte zunächst eine Demonstration gegen den Staatsgerichtshof aus und lehnte ihn nicht nur wegen Befangenheit ab, sondern alle Mitglieder, die jüdischer Abstammung oder mit Juden versippt sind. Als der Staatsgerichtshof nach kurzer Beratung den Antrag des Verteidigers abgelehnt hatte, beklagte sich Spilling über die Ungerechtigkeit, daß man den ruhigen, wertvollen Bürger anklagt und die Kommunisten wie rohe Eier behandelt. Die Regierung solle gegen die Kommunisten vorgehen, aber nicht gegen diesen Mann, der in dem Heldenjahre 1870 geboren wurde und der als Nationalsozialist viel wertvoller ist als die Kommunisten, die die Regierung viel mehr beschimpfen. Schieber sei gar keine Beleidigung. Auch habe der Angeklagte den Polizeiverwalter von Halle gemeint, der die national-sozialistischen anstatt die kommunistischen Versammlungen überwachen läßt.

So argumentieren die deutschvölkischen Hakenkreuzler, wenn sie für ihre Worte und Taten auch einstehen sollen.

Nach längerer Beratung wurde das Urteil verkündet. Gemäß dem Antrag des Reichsanwalts wurde der Angeklagte Goethe zu neun Monaten Gefängnis verurteilt.

Jugendfürsorge

Fürsorge — welch edler Sinn liegt in diesem Wort. Die Sorge um Jugend, die aus der Familie herausgerissen, anderwärts untergebracht werden muß. Aber die davon Betroffenen, namentlich die in Zwangserziehung, sie empfinden die Unterbringung nicht als Fürsorge, der Gedanke daran allein erfüllt sie mit Grauen. Und auch in weiten Volkskreisen hat man die Vorstellung, die in Fürsorge untergebrachten Zöglinge als Auswurf der Menschheit, als jugendliche Verbrecher anzusehen. Woran liegt dies? Leben wir seit der Revolution nicht in einem humaneren Zeitalter als vordem? Wird nicht alles getan, um den Zöglingen ihre Lage erträglich zu gestalten? Leben wir nicht in der demokratischsten Republik der Welt? Da muß schon gesagt werden, daß auf diesem Gebiet noch alles zu wünschen übrig bleibt.

Wer kommt nun in Fürsorgeerziehung? Minderjährige, die durch mangelhafte Erziehung auf Abwege gerieten oder wie der Bürger sich ausdrückt, „bei denen die Gefahr der Verwahrlosung besteht“. Eben die Opfer der heutigen kapitalistischen Wirtschaft, die die Eltern zwingt, namentlich auf dem Lande, in ständiger Arbeit ihre Kinder zu vernachlässigen, so daß die Kinder sich vollkommen selbst überlassen sind. Selbstverständlich blüht das Paradies der Zwangsfürsorge nur Kindern armer Leute, bei Wohlhabenden, bei denen vielleicht mehr Verfehlungen vorkommen, deckt man sie mit dem Mantel der christlichen Nächstenliebe zu oder man schafft sie in auswärtige Pensionen. Wer über das nötige Geld verfügt, ist kein Sünder. Früher war es ein beliebtes Mittel, solche ungeratenen Söhne, mit dem nötigen Mammon versehen, nach Amerika abzuschieben. Die Töchter brachte man ins Kloster.

In den Anstalten nun harrt den Zöglingen alles, was sie zu brauchbaren Mitgliedern dieser Gesellschaft machen soll. Arbeit nicht zu knapp, zu der die Kost im umgekehrten Verhältnis steht. Lehrer sind genug vorhanden, auch der veredelnde Einfluß des Pastors fehlt nicht, und trotzdem hören wir oft von der Flucht eines Zöglings. Gerichtsverhandlungen lassen erkennen, daß ehemalige Zöglinge als Verbrecher abgeurteilt werden, das sind die Früchte jahrelanger Erziehung in einer Anstalt. Die Methoden der Zwangserziehung sind dieselben wie früher. Harte Arbeit, unzureichende Kost und Prügel dazu, statt Fürsorge und Liebe — strengstes Kasernenleben. Die Prügelstrafe kommt sogar noch bei 18- bis 20jährigen Menschen in Anwendung. Auf dem letzten Provinziallandtag wurde unser Antrag, die Prügelstrafe abzuschaffen, von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt. Diese Unglücklichen, die die Opfer dieser Anstalten werden, sind für ihre ganze Jugendzeit abgeschlossen von der übrigen Mitwelt, zu einem Sklavenleben verdammt.

Von Zeit zu Zeit schaut in diese Anstalten als Kontrolleur der vom Landtag gewählte Anstaltsausschuß hinein. Aber was kann er für die Unglücklichen tun? Einen Einfluß auf ihre Behandlung hat er nicht, es können von dieser Kommission höchstens Mißstände festgestellt und vor das Forum, dem Provinziallandtag, gebracht werden. Mit welchem Erfolge? Noch mehr Prügelstrafe!

Noch übler sind vielfach die in Dienst- und Lehrstellen von der Anstalt aus untergebrachten Zöglinge daran. Hier ist es dem Anstaltsausschuß nicht möglich, diese einzeln Verstreuten aufzusuchen und nach ihrem Ergehen sich zu erkundigen. Wir stellten daher den Antrag, diese Zöglinge den Wohlfahrtsämtern der Kreise, wo sie untergebracht sind, zu unterstellen, damit sie von dort aus kontrolliert werden könnten. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Diese Zöglinge sind daher der schrankenlosesten Ausnutzung und brutalsten Behandlung preisgegeben. Sie sind Freiwild. Lehnt sich ein Zögling gegen üble Behandlung auf, so droht ihm wieder Unterbringung in die Anstalt.

Ein weiteres Objekt der Ausbeutung sind die meist von einem Pastor geleiteten der Jugendgerichtshilfe unterstellten Jugendlichen. Diese minderjährigen Jugendlichen, wegen kleinerer Vergehen bestraft oder mit gewährtem Strafaufschub, werden von der Jugendgerichtshilfe in Stellungen untergebracht, wo sie vielfach ausgebeutet werden. Eine Kontrolle irgendeines Wohlfahrtsamtes besteht nicht, da über sie nur die Jugendgerichtshilfe verfügt. Als Damoklesschwert hängt stets die verbüßte oder noch zu verbüßende Strafe über ihnen, bei nicht „gutem“ Verhalten Unterbringung in die Zwangsfürsorge. Daher schutzlos der Ausbeutung ausgeliefert.

Ein besonderes Kapitel ist die sogenannte Waisen-Fürsorge, die durch das Vormundschaftsgericht die Waisen in Pflege- oder Dienststellen gibt. Sie werden meist in entfernteren Kreisen untergebracht. Hier fehlt von einer wirklichen Fürsorge die Kontrolle. Oft hört man die Notschreie solcher Armen. Untergebracht in Stellen, meist bei Leuten, die der Kirche nahestehen, bekümmert sich kein Mensch um sie, da die Wohlfahrtsämter keine Ahnung von ihrer Existenz haben, sondern die Vermittelung allein durch das obige Gericht geht. Vielfach über ihren Lohn keine Verfügung, keinen Umgang mit anderen Altersgenossen, Mißhandlungen usw. sind ihre Jugendfreuden. Weder Provinz noch Kreis haben ein Recht, sich um diese Aermsten zu bekümmern. Nur das Vormundschaftsgericht bzw. das Amtsgericht hat nach bestehenden Bestimmungen die Verfügung darüber.

Es ist Aufgabe der Arbeitervertreter in allen Parlamenten, daß die Fürsorgebestimmungen in jeder Hinsicht geändert werden. Wohl erkennen wir an, daß Kinder und Jugendliche den Eltern, die sie absichtlich nicht zu brauchbaren Gliedern der menschlichen Gesellschaft erziehen, genommen werden und in gemeinsamer Erziehung durch die Arbeitsschule zum brauchbaren Menschen erzogen werden, das jetzige System der „Fürsorgeerziehung“ erzieht aber nur Verbrecher. Sein Leben lang trägt ein Mensch den Makel der Fürsorgerziehung an sich. Die gesamte Arbeiterklasse hat ein Interesse an einer vollkommenen Umstellung der Fürsorge, denn es sind nur die Kinder des Proletariats, die in „Fürsorge“ kommen.

Sorge jeder Proletarier, an welcher Stelle er auch steht, dafür, daß die Jugendfürsorge eine wirkliche Fürsorge für die Jugend wird, indem er sich dieser ausgebeuteten Jugend annimmt. Der Kampf um die Aenderung der Jugendfürsorge ist ein Teil des Befreiungskampfes der Arbeiterschaft. D., Brehna.

Kreisfrauenkonferenz für den Saalkreis!

Am 29. Oktober, vormittags 9 Uhr, findet in der Produktiv-Genossenschaft eine Kreisfrauenkonferenz für den Saalkreis statt.

Tagesordnung:

1. Die politische und wirtschaftliche Lage.
2. Bericht von der Reichsfrauenkonferenz.
3. Organisatorisches.

Alle Ortsgruppen des Saalkreises sind verpflichtet, mindestens eine Genossin zu delegieren. Natürlich können auch Genossinnen, die nicht gewählt sind, der Konferenz beiwohnen.

J. A.: Frieda Lehmann.

Verdoppelung der Postgebühren

Ein Brief im Fernverkehr 12 Mk.

Kaum daß sich die Bevölkerung in [redacted]höhung der Postgebühren zurechtgefunden hat, wird auch schon wieder eine neue gewaltige Erhöhung angekündigt. Aber auch diese neue 100prozentige Erhöhung reicht nicht aus, um den Fehlbetrag zu decken. Es bleibt immer noch ein Defizit von 33 Milliarden. Die Postverwaltung will jedoch nicht, wie es jetzt die bankrotten Städte tun, durch einen kühnen Sprung den Fehlbetrag aus der Welt schaffen, sondern nach und nach durch Erhöhungen mit noch kürzeren Abständen wie bisher. Der Verkehrsbeirat hat den letzten Erhöhungen bereits zugestimmt. Jetzt ist die Vorlage an den Reichsrat und an den Reichstagsausschuß gegangen.

Die Gebühren für Postkarten, Briefe, dienstliche Aktenbriefe von Behörden, Drucksachen, Ansichtskarten, Geschäftspapieren, Warenproben, Mischsendungen und Päckchen sowie die Versicherungsgebühren werden verdoppelt. Postanweisungen kosten bis 100 Mark 10 Mk. und steigen bei 5000 bis 10 000 Mk. auf 40 Mk. Porto. Der Tarifaufbau für den Paketverkehr wird dahin geändert, daß die Gebühren unter Beibehaltung der ersten Gewichtsstufe bis 5 Kilogramm für das darüber befindliche Gewicht von Kilogramm zu Kilogramm gestaffelt werden, danach kosten Pakete in der Nahzone (bis 75 Kilometer) bis 5 Kilogramm 60 Mk. und steigen bis zu 10 Kilogramm um 12 Mk. je Kilogramm, von 11 bis 20 Kilogramm um je 24 Mk. In der Fernzone (über 75 Kilometer) werden diese Sätze verdoppelt, ebenso die Auslandsgebühren. Für das gewöhnliche Telegramm auf alle Entfernungen beträgt die Gebühr 20 Mk. Grundgebühr und eine Wortgebühr von 10 Mk. je Wort. Bei Orts- und Presseteleg ammen 10 Mk. Grundgebühr und 5 Mk. Wortgebühr.

* **Heute Vortragsabend.** Genosse Bernhard Koenen spricht über die große französische Revolution. Anfang pünktlich 7 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft.

* **Der Kontrollausschuß** teilt uns mit, daß am Donnerstag, dem 26. Oktober, abends 6 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft, 2 Treppen, eine Sitzung stattfindet.

* **Internationaler Bund der Kriegsopfer.** Am Donnerstag und Freitag werden in der Einkaufsvereinigung der Freien Gastwirte in der Landsberger Straße in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends die bestellten Kartoffeln ausgegeben. Alle Besteller werden ersucht, in dieser Zeit die Kartoffeln abzuholen.

* **Die Karten zum Soermus-Konzert** müssen nun endlich abgerechnet werden. Es darf nicht vorkommen, daß die Karten bei säumigen Funktionären liegen bleiben. Vorgemerkte Karten sind in der Bezirksbuchhandlung abzuholen. Die Veranstaltung selbst findet am Freitag, pünktlich abends um 8 Uhr, statt. Näheres morgen.

* **Betrügereien in größerem Umfange** hat der frühere Kaufmann Ernst Queißer, trotzdem er kürzlich erst zu einer Zuchthausstrafe verurteilt worden ist, begangen, indem er in einer Anzahl von Fällen unter erdichteten Angaben Kartoffeln zu beschaffen versprach und sich Anzahlungen in verschiedener Höhe zahlen ließ, ohne an die Lieferung zu denken. Geschädigte, welche Anzeige noch nicht erstattet haben, wollen sich bei der Kriminalpolizei, Dreyhauptstraße 4, Zimmer 70 oder 76, melden.

* **Möbliertes Zimmer gesucht.** Genossen, die in der Lage sind, an einen tätigen Parteigenossen ein möbliertes Zimmer abgeben zu können, werden gebeten, ihre Adresse der Bezirksleitung der KPD., Lerchenfeldstraße 14, mitzuteilen.

Morgen abend

spricht im großen Saale des „Volkspark“ ein Genosse aus Berlin in einer

öffentlichen Versammlung

über den

Blutsonntag in Berlin und über den neuen Aufmarsch der Reaktion

Genossen, agitiert in den Betrieben für diese Versammlung!

Spende

32. Quittung	252 698,50
Liste 190, Bad Kösen	2 246,—
Liste 155, von Beuna	1 370,50
Ges. v. Schraplau d. Gen. Paul Henne	1 353,—
Liste 194, von Prösen	1 205,—
Ges. beim 12. Stiftungsfest des Allg. Sängerchores Wittenberg	825,20
Liste 5, v. Osterfeld, 1. Rate	800,—
Ges. in der Geschäftsstelle bei Meusel, Wittenberg	710,—
Ges. auf einer Extratour des Arb. Radf.-Vereins „Frisch auf“, Teuchern	660,75
Liste 241, von Schellenbeck, Halle	600,—
Betrieb Otto Kneisel, Zeitz, durch Gen. Schnorr	550,—
Belegschaft d. Zuckerfabrik Roitzsch d. Gen. Thieme	370,—
Eukhardt, Neuköschen	300,—
Ges. in Alt-Piesteritz zur Kirmes d. Gen. Kaulbars	278,50
Ges. v. Jugendgen. bei ein. Geburtstagsf. in Kelbra	200,—
KPD., Ortsgr. Glesien	200,—
Hochzeitsfeier von Conrad, Glesien	200,—
Uebertrag	264 567,45

33. Quittung

Uebertrag	264 567,45
Kegelklub Neun Brüder, Glesien	173,—
2 junge Genossen d. CAP.	100,—
Genosse Wenzel, Weigel	100,—
Max Benkwitz, Zeitz	100,—
Unbekannt	50,—
Gen. aus Holleben	50,—
Otto Troitzsch, Naumburg	50,—
Karl Wiedau, Kröllwitz	50,—
E. Knape, Piesteritz	50,—
Kurt Gambke, Prösen	50,—
Kurt Blochwitz, Prösen	50,—
Artur Schollbach, Prösen	50,—
Willy Nuschke, Prösen	50,—
Alfred Wähnert, Prösen	50,—
Walter Geisler, Prösen	50,—
Die Kipper der Grube „Alwine“, Kanena	32,—
Otto Hochbasch, Schkeuditz	20,—
Kurt Kießhauer, Schkeuditz	20,—
Friedrich Hundt, Zeitz	20,—
Für Beförder. des „Volksblattes“ nach Bitterfeld am 23. Okt. des Gen. P.	20,—
Ges. bei Kusche, Wittenberg durch Ziegler	15,—
Alb. Lutzsch, Zeitz	10,—
Sa.	265 727,45

Verantwortlich für den redaktionellen Teil Hans Urban für Anzeigen Fritz Kroh. Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H. Lerchenfeldstraße 1. Abtlg. Verlag Klassenkampf.

Mär l, Schläuche

noch zu vorteilhaften Preisen.

Gummi-Bieder,

nur Große Steinstraße Nr. 35,

Nähe „Walhalla“. 4220

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019221025-18/fragment/page=0005

Leben · Wissen · Kunst

Der Amateursozialist

55. Roman von Bernhard Shaw

Eine Vorliebe für Schweinebauch oder Zwiebeln würde eine Beschwerde des Kronrates herbeiführen. Wir scheinen ihm alles vor mit Ausnahme seiner Gedanken und Träume, und selbst diese muß er für sich behalten, wenn sie nach unserer Ansicht für seine Stellung nicht passend sind. Die Arbeit, die wir ihm auferlegen, hat alle Beschwerden der gewöhnlichen Arbeit. Sie ist unfruchtbar, anhaltend, eintönig, und muß meistens mit quälender Langeweile ausgeführt werden. Wir machen ihm sein Königreich zur Tretmühle und treiben ihn darauf von einem Ende zum andern herum. Schließlich, nachdem wir ihm sonst alles weggenommen haben, was uns Menschen wertvoll ist, fallen wir über seinen Charakter her und über den Charakter jedes Menschen, dem er es wagt, seine Gunst zu zeigen. Wir legen ihm enorme Ausgaben auf, halten ihn knapp und sticheln über seinen Geiz. Wir gehen mit ihm um, wie ich mit diesen Statuten umgehe — wir stellen ihn auf einen Ehrenplatz, damit mir ihm um so leichter verunstalten und mißhandeln können. Wir schicken ihn durch unsere übervölkerten Städte und behaupten, er sei die Ursache von allem Guten und allem Schlechten in der Nation. Und er weiß, daß die meisten Menschen das glauben, er weiß, daß es eine Lüge ist, daß er nicht den Arbeitstag um eine Stunde verkürzen kann, daß er nicht die Löhne um einen Groschen erhöhen kann, daß er nicht das kleinste Gerichtserkenntnis umstoßen kann, so ungerecht es ihm auch erscheinen mag. Er weiß, daß jeder Bergarbeiter im Königreich Dynamit anfertigen kann, daß Revolver für weniger als einen Schilling das Stück verkauft werden. Er weiß, daß er nicht kugelfest ist, daß man schon auf jeden europäischen König in den Straßen geschossen hat. Er muß lächeln und sich verbeugen und eine Miene graziösen Vergnügens bewahren, während der Bürgermeister und die Räte ihm diese geistlose Ansprache halten, die er schon tausendmal gehört hat. Ich verlange nicht von Ihnen, daß Sie königstreu sind, Erskine, aber ich erwarte, daß Sie aus einfacher Menschenliebe Mitgefühl mit der Hauptfigur in dem Possenspiel haben, die für die mannigfachen Uebel und Schädlichkeiten in ihrem Reich nicht mehr verantwortlich ist, als der Lord-Mayor für die Diebstähle der Taschendiebe, die seinem Umzug am neunten November folgen."

Sir Charles lachte über die Mühe, die sich Trefusis gab, um seine Ansicht klarzulegen, und sagte beschwichtigend: „Mein lieber Freund, Könige sind an so etwas gewöhnt, sie erwarten es so, und sie lieben es so."

„Und offenbar leben sie es ebensowenig in demselben Lichte wie ich, wie es die meisten Menschen tun," stimmte Trefusis zu.

„Welch ein feines Gesicht!" rief Erskine plötzlich und blickte auf eine Photographie in einem Rahmen von schwerem Gold und Korallen, der auf einer mit rotem Samt verzierten Miniaturstaffelei stand. Trefusis wandte sich schnell um und war augenscheinlich so befriedigt, daß sich Sir Charles beeilte, auszurufen: Reizend! Dann blickte er erst auf das Bild und fügte etwas erstaunt hinzu: „Es ist sicherlich ein außergewöhnlich anziehendes Gesicht."

„Vor Jahren," sagte Trefusis, „als ich dieses Gesicht zum erstenmal sah, da hatte ich dasselbe Gefühl, was Sie jetzt haben."

Es trat ein Schweigen ein. Die beiden Besucher sahen das Bild und Trefusis blickte sie an.

„Eine fremdartige Schönheit," sagte Sir Charles schließlich etwas zurückhaltender als zuvor.

Trefusis lachte unangenehm. „Erkennen Sie in ihr den Künstler — den begeisterten Amateur?" sagte er und öffnete eine andere Schublade, aus der ein Bündel Zeichnungen herausholte, die er ihnen zur Ansicht gab.

„Sehr gut. Wirklich sehr gut," sagte Sir Charles. „Ich möchte die Dame kennenlernen."

„Ich war oft nahe daran, sie zu verbrennen," sagte Trefusis. „Aber sie sind noch immer hier und werden auch wahrscheinlich hierbleiben. Das Porträt ist viel bewundert worden."

„Können Sie uns nicht mit dem Original bekannt machen, alter Freund?" fragte Erskine.

„Glücklicherweise nicht. Sie ist tot."

Sie waren unangenehm berührt und sahen ihn einen Augenblick mit Abneigung an. Dann wandte sich Erskine mitleidig und enttäuscht zu dem Bilde und sagte: „Armes Mädchen! War sie verheiratet?"

„Ja. Mit mir."

„Mrs. Trefusis!" rief Sir Charles aus. „Ach! Lieber Himmel!"

Erskine, der jetzt einen Beweis vor sich hatte, daß es auch einem schönen Mädchen möglich war, Trefusis zu heiraten, sagte nichts.

„Ich halte mir ihr Bild immer vor Augen, um meine natürliche Verliebtheit zu bekämpfen. Ich verliebte mich in sie und heiratete sie. Seitdem habe ich mich noch ein- oder zweimal verliebt, aber ein Blick auf meine verlorene Hetty hat mich auch von der leisesten Neigung zu heiraten geheilt."

Sir Charles gab keine Antwort. Es kam ihm der Gedanke, daß Lady Brandons Bild, wenn sonst nichts mehr von ihr da sei, wohl in derselben Art nützlich sein werde.

„O, Sie werden sich schon demnächst einmal wieder verheiraten," sagte Erskine und zwang sich zu einem ermutigenden Tone.

„Es ist möglich. Männer sollten heiraten, besonders reiche Männer. Aber ich versichere Ihnen, augenblicklich habe ich keine Neigung, es zu tun."

Erskines Gesicht verdunkelte sich, und er ging zu dem Tisch, auf dem die Albums lagen.

„Dies ist die Sammlung von Photographien, von denen ich sprach," sagte Trefusis, indem er ihm folgte und eins von den Büchern öffnete. „Viele von ihnen habe ich selbst aufgenommen, wobei mir das Licht große Schwierigkeiten machte — die einzige Schwierigkeit, die Geld nicht immer beseitigen konnte. Dies ist eine Ansicht von dem Hause meines Vaters — oder vielmehr von einem seiner Häuser. Es kostete fünfundsiebzigtausend Pfund."

„Wirklich sehr hübsch," sagte Sir Charles voll innerlichem Widerwillen, weil er eine Photographie eines gewöhnlichen Landhauses, wie sie Häusermakler zeigen, bewundern sollte, einfach nur aus dem Grunde, weil es fünfundsiebzigtausend Pfund gekostet hatte. Die Zahlen waren sogar in das Bild hineingeschrieben.

„Dies ist das Gesellschaftszimmer und dies eines der besten Schlafzimmer. Auf der rechten Seite des Kartons finden Sie eine Aufstellung über die Kosten der Möbel, der Einrichtung, des Weißzeugs und so fort. Sie waren von der kostbarsten Art."

„Sehr interessant," sagte Sir Charles und verbarg kaum die Ironie seiner Bemerkung.

„Hier ist eine Ansicht — es ist dies der erste meiner Versuche — des Zimmers von einem der unteren Diener. Es ist bequem und geräumig und solid ausgestattet."

„Das sehe ich."

„Dies sind die Ställe. Sind sie nicht hübsch?"

„Palastartig. Die reinen Säle."

„Da ist jeder Luxus, den sich ein Pferd wünschen kann, einschließlich einer Menge von Bedienten, um ihm aufzuwarten. Sie bemerken hoffentlich die Zahlen. Es sind die Kosten des Gebäudes und der jährlichen Ausgaben für jedes Pferd."

„Ich sehe es."

„Hier ist das Aeußere eines Hauses. Was halten sie davon?"

„Es ist sehr malerisch in seinem verfallenen Zustand."

„Malerisch! Würden Sie darin leben wollen?"

„Nein," sagte Erskine. „Ich sehe nichts wirklich Malerisches daran. Was hat Sie denn veranlaßt, eine solche verkommene alte Räuberhöhle zu photographieren?"

„Hier ist eine Aufnahme des besten Zimmers darin. Die Photographie gibt Ihnen ein treues Bild von dem zerbrochenen Fußboden und den verklebten Fensterscheiben, aber den Schmutz und den Geruch in dem Zimmer müssen Sie sich selber vorstellen. Einige von den Flecken kamen durch den durchsickernden Regen, andere durch den Dunst und den Schmutz. Der Hausverwalter hat das Haus von einem Paar und vermietet es weiter. Drei Familien wohnten in diesem Zimmer, als ich es aufnahm. Sie können an den Zahlen in der Ecke sehen, daß es dem Besitzer mehr einbringt als durchschnittlich ein Haus in den ferneren Teilen Londons. Hier ist der Keller. Er ist an eine Familie für anderthalben Schilling die Woche vermietet, was für besonders billig gilt. Die Sonne scheint natürlich niemals hier herein. Ich habe ihn bei Blitzlicht aufgenommen. Zu der Miete müssen Sie den Betrag für eine genügende Menge schlechten Bieres hinzufügen, die den Mieter unempfindlich gegen den Schmutz in seiner Wohnung macht. Bier ist das Chloroform, das den Arbeiter befähigt, die schwierige Operation des Lebens auszuhalten. Deshalb können wir uns auch immer, wenn wir beim Wein sitzen, gegenseitig versichern, das Elend all dieser Lumpen komme nur durch das gewohnheitsmäßige Saufen. Wir verübeln ihm das, denn wenn er das Leben ohne Bier ertragen könnte, würden wir das Geld für das Bier sparen — und ihn gegen niedrigere Löhne laufen können. Kurz gesagt, wir würden reicher und er nüchterner sein. Hier ist der Hofraum, die Zustände sind unbeschreiblich. Sieben von den Bewohnern hatten vor Jahren in der Spinnerei meines Vaters gearbeitet. Das heißt, sie hatten einen großen Teil der ungeheuren Geldsummen geschaffen, auf die ich Sie zu Ihrem Mißvergnügen hierhin aufmerksam machte."

„Das war ich nicht," sagte Sir Charles zaghaft.

„Sie können sehen, wie sehr ihre Lage gegen die der Pferde meines Vaters zurücksteht. Die sieben Mann, die ich erwähnte, wurden mit dreihundert andern durch dieses hier auf die Straße gesetzt." Hier schlug er ein Blatt um und zeigte die Photographie einer komplizierten Maschine. „Sie ermöglichte es meinem Vater, auf ihre Dienste zu verzichten und dafür ein paar Frauen und Kinder einzustellen. Er hatte das Patent der Maschine für fünfzig Pfund von dem Erfinder gekauft, denn dieser war fast ruiniert durch die Ausgaben seiner Erfindertätigkeit und würde für eine Handvoll hares Geld alles geopfert haben. Hier ist ein Porträt meines Vaters in seinen Freimaurerabzeichen. Er glaubte, daß die Freimaurer im allgemeinen in der Welt vorwärtskämen, und da es der Hauptplan seines Lebens war, vorwärtszukommen, so trat er zu ihnen über und wollte, daß ich dasselbe tun sollte.

(Fortsetzung folgt.)

Herbst

Herbst! Freudig Wort in Bürgers Leben,
Beginn behaglich froher Zeit.
Beim Kartenschmaus, beim Saft der Reben
Winkt trauliche Geselligkeit.
Mit Vorrat sind gefüllt die Kammern,
Der neue Winterpelz im Schrank.
Warum ob hoher Presse jammern?
Man kann's ja zahlen, Gottseidank.

Herbst! Schreckenswort für Arbeitsleute,
Des langen Winters trübes Grau
Rückt näher, und des Elends Beute
Wird wieder Mann und Kind und Frau.
Sie wissen nicht, ob Frühlingssonne
Und Lenzesgrün sie wiedersehn,
Ob sie in Todes Marschkolonne
Schon ausgewählt verzeichnet stehn.

Lene Voigt.

Wohltätigkeit

Der Inhaber einer Textilwarenfabrik war gerade dabei, mit dem Direktor über die neuen Preise der Erzeugnisse des Betriebes zu verhandeln, als ein Herr angemeldet wurde.

Der Besuch wurde vorgelassen und er legte dem Fabrikchef eine Liste vor.

Schon wieder eine Sammlung?

Ja, es ist für Altershilfe.

Altershilfe! Das Gesicht des Fabrikherrn verlor seinen finsteren Charakter. Ja, lesen Sie denn nicht die Zeitungen?" fragte der Mann mit der Liste.

Dem Besucher wurde ein Blatt gereicht, auf dem rot angestrichen war: Spenden für die Altershilfe: 10 000 Mark, Textilwarenfabrik . . .

Entschuldigen Sie vielmals, dienerte der Mann vor dem Fabrikherrn. 10 000 Mark! Welch eine gewaltige Summe, und welch ein großes Opfer. Nicht wahr!

Ja! Das muß anerkannt werden. 10 000 Mark. In der Tat, ein Opfer, das hell aufleuchtet in dieser trüben Zeit und viel Not lindern wird. Bitte nochmals um Entschuldigung.

Lassen Sie das nur. Es ist unsere Pflicht, in dieser Zeit den alten, darbenden Menschen beizustehen.

Welch eine edle Gesinnung. Wenn nur alle so dächten. 10 000 Mark. Der Himmel wird es Ihnen lohnen.

Als der Mann gegangen war, wurden die Beratungen über die neuen Preise fortgesetzt.

Wir müßten im Verband der Tuchfabrikanten für einen Preisaufschlag von 25 Prozent eintreten, erklärte der Direktor.

Fünfundzwanzig Prozent! Zu wenig, mein Lieber, entgegnete der Fabrikant.

Sie bringen unserem Betrieb bereits 300 000 Mark mehr im Monat ein.

Ja, was ist das! Wo alles im Preise steigt, wo an uns solch große Anforderungen gestellt werden, wo die Löhne, die Steuern, die Ausgaben für soziale Zwecke Unsummen verschlingen. Oder wollen Sie gerade jetzt, wo die Not rasch wächst, wo wir lindernd eingreifen müssen, die Aufwendungen für die private Wohltätigkeit streichen? Wir müssen auf die Festsetzung des Aufschlages von 50 Prozent bestehen.

Das sind 600 000 Mark mehr im Monat.

Die brauchen wir auch. Wir müssen in dieser schweren Zeit, wo die Ausgaben stündlich steigen, über genügend Mittel verfügen. Sonst brechen wir zusammen und wir haben nicht nur für uns, sondern auch für unsere Arbeiter zu sorgen. Auf unseren Schultern ruht die große Verantwortung.

Man kam überein, für 50 Prozent einzutreten.

Und wenn dieser Aufschlag festgesetzt wird, woran ich nicht zweifle, zeichne ich, sprach der Unternehmer, bei der nächsten allgemeinen Sammlung 20 000 Mark. Die Wohltätigkeitsbestrebungen müssen im weitesten Maße unterstützt werden.

Arbeitsgemeinschaft

Havannawölkchen durchträuseln den Raum... Schwere Teppiche dämpfen Schritte. Portieren, Vorhänge sperren laute Außenwelt ab von behaglichem Dahinträumen.

Vom milden Licht der eleganten, elektrischen Tischlampe überstrahlt, die Zigarre im Mundwinkel, Hände über dem Bauch gefaltet, vor sich den Weinkelch — die Firma.

— — — — — — — — — — — —

Draußen rasseln die Räder.

•

Glaskabinett . . .

Ledersessel, Diplomatenschreibtisch, drei Aktenmappen, Füllfederhalter und Aschenbecher aus Bronze.

Dreimal am Tage Unruhe. Dreimaliges Erscheinen rasierter Herren mit großen Ledermappen und Bügelfalten in den Hosen. Ärgerlich wirft der Direktor den Federhalter hin. Tinte entspritzt der Goldfeder, hin auf die Mahagoniplatte.

Gähnt . .

Saffianlederne Zigarrentasche erscheint in den gepflegten Händen, silbernes Feuerzeug. Ein Blick auf die Uhr. Ein Druck auf die Klingel.

„Vorgefahren" meldet der Chauffeur —

— — — — — — — — — — — —

Er ist schon fort, sagt der erste Lohnbuchhalter resigniert zu seinem Kollegen im schäbigen Rock. Der Vorschuß für die Leute kann erst morgen gezahlt werden.

— — — — — — — — — — — —

Draußen rasseln die Räder . . .

•

Vorraum . . .

Sechs Schreiber, drei Maschinenfräulein. Mit Schlips und Kragen geschmücktes Beamtenelend.

Berge von Geschäftsbüchern, Lohnrechnungen, Kalkulationen.

Zahlengesumme, Drehstuhlgekreische. Erhöhtes Arbeitstempo.

Vorschußzahlung morgen.

— — — — — — — — — — — —

Seitenkabinett . . .

Eichenholzschreibtisch. Einfacher Sessel. Robuste Figur davor. In Kalkulation, Maschinenteilen und Firmeninteresse erstarrtes Individuum. Ein kleines Fünkchen Hoffnung auf Karriere dabei.

Vor dem Schreibtisch steht der Betriebsrat, SPD.-Mann.

— „Vorschuß wollen die Leute. Die Preise steigen, die Auszahlung wird verschleppt." — —

— „Gewiß, gewiß, man wird alles versuchen. Der Direktor ist leider schon fort (wichtige Aufsichtsratssitzung) und der Tarif schreibt nichts derartiges vor. Wurde ja in der Arbeitsgemeinschaft abgeschlossen, müssen es wissen.

Die Firma hat Interesse am Wohl ihrer Arbeiter, aber Vorschuß . . ?

Und von einer Steigerung der Arbeitsleistung seit der letzten Lohnerhöhung ist recht wenig zu spüren —"

— — — — — — — — — — — —

Draußen rasseln die Räder . . .

•

Der Flur steht voller Leute.

Dem ist sein Kind gestorben. 5000 Mark kostet der Sarg.

Der hat eine kranke Frau, der mußte mit dem Lohn die Winterkartoffeln bezahlen, der die Kohlen.

„Morgen", sagt der Buchhalter . . .

— — — — — — — — — — — —

Arbeittobende Fabrik . . .

Kolonnen am Wagen. Surrende Hämmer. Eisen auf Eisen.

Stimmen der Vorarbeiter.

Einen Augenblick Rast in einer Ecke.

Bleche türmen sich am Wagen. Hände zittern noch von letzter Anstrengung. Einen Augenblick wird die Pfeife in Brand gesetzt. Der macht ein paar Züge an der Zigarette.

— „Vorrarbeiterrrr" —

Aus dem Boden gewachsen ist der Betriebsführer. Hatte sie lange auf dem Zug, die Kolonne.

— „Im Interesse der Firma sollen Sie den Leuten das Zigarettenrauchen verbieten. Kennen Sie die Vorschriften nicht." —

Murrend folgt man . . .

Unter der Verordnung steht es deutlich: Von der — Arbeitsgemeinschaft — angenommen zur größeren Wirtschaftlichkeit des Betriebes.

Im Interesse der Firma, hatte der Betriebsführer gesagt . . .

„Der Dickbalg", murrt einer.

„Feuersgefahr, wo alles Eisen ist", der zweite.

„Es hindert am Arbeiten, mehr als Pfeiferauchen", der dritte.

„Wenn nur unsere Klappernknochen nicht einmal Feuer fangen", sagt irgend jemand.

„Weiter", knurrt der Vorarbeiter . . .

— — — — — — — — — — — —

„Ich werde noch meine Stellung verlieren", denkt der Meister und schleicht stundenlang als Aufpasser herum.

In der letzten Generalversammlung der Aktionäre beantragte der Ausschuß Erhöhung des Aktienkapitals.

Falls keine die Arbeitsgemeinschaft schädigenden Störungen eintreten sollten, rechnet man mit einem günstigen Jahresabschluß von 70 bis 80 Prozent Dividende.

— — — — — — — — — — — —

Der Hauptaktionär X hat ein Erinnerungsrennen im Werte von zwei Millionen Mark gestiftet.

— — — — — — — — — — — —

Der Betriebsführer unterschreibt keine Vorschußscheine mehr.

Die Meister haben kommunistische Elemente unter den Arbeitern mit allen Mitteln zu entfernen.

Vorarbeiter, die ihre Tätigkeit nicht im Sinne der Vorschrift ausüben, sind ihres Amtes zu entheben. Im gegenteiligen Fall sind ihnen entsprechende Zuschläge zu bewilligen.

•

„Wer trinkt denn den Schnaps, wer raucht denn die Zigaretten, Stinnes oder die Arbeiter", fragte in der letzten Gewerkschaftsversammlung ein angestellter Arbeitsgemeinschafter. „Mehrarbeit und Einschränkung der Lebenshaltung können die Lage der Arbeiter allein verbessern.

— — — — — — — — — — — —

„Die Arbeitsgemeinschaft hat sich in den letzten Jahren für Unternehmer und Arbeiter glänzend bewährt", sagte Fritz Ebert. „Sie rettete die deutsche Wirtschaft vor dem Untergang", schmunzelte Stinnes . . .

— — — — — — — — — — — —

„Wer seine Hand an die Gurgel des Staates legt, dem schlage ich alle Knochen entzwei" . . .

Sollte dieser Ausspruch nur für Noske oder auch für Geßler zutreffen?

•

Eine tausendköpfige Menschenmenge, die unter kommunistischer Führung vor das Rathaus zog, forderte die sofortige Einsetzung von Preis- und Produktionskontrollausschüssen. Da die Hinweise des Bürgermeisters auf das Bestehen einer solchen Kontrolle im zulässigen Rahmen der Arbeitsgemeinschaft die Erregung der Massen nicht zu besänftigen vermochten, war die Polizei, um größeres Unheil zu verhüten, gezwungen, einzuschreiten. Es gab Tote und Verletzte . . . .

Eml.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019221025-18/fragment/page=0006